

Politikwechsel für Thüringen – jetzt!!
Das Regierungsprogramm der LINKEN zur Landtagswahl 2009
VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme:

Liebe Thüringerinnen und Thüringer,

Sie haben die Wahl!

Mit Ihrer Stimmenabgabe am 30. August 2009 entscheiden Sie, wie es in unserem Land weitergeht!

Mit dieser Wahl haben Sie die Chance, einen grundlegenden Wechsel einzuleiten!

In den zurückliegenden knapp zwei Jahrzehnten hat sich Thüringen enorm verändert, sichtbar verändert. Mit der Bildung des Freistaates wurde das historische Erbe neu ins Bewusstsein gerückt. Große Veränderungen und Errungenschaften haben ihre Wiege in Thüringen. Luther erneuerte das Christentum, Goethe und Schiller machten Thüringen vorübergehend zum geistig-kulturellen Zentrum Europas, berühmte Komponisten und Intendanten verhalfen den Thüringer Theatern zu einem ausgezeichneten Ruf, Walter Gropius und seine Mitstreiter des Bauhauses begeisterten mit völlig neuen Ideen, Architektur, Wirtschaft und Kultur. In den letzten Jahren wurden Innenstädte, Dörfer und Kulturdenkmale aufwändig saniert, neue Straßen gebaut bzw. vorhandene ausgebessert, Umweltsünden beseitigt. Unternehmen haben sich neu angesiedelt, Arbeitsplätze wurden geschaffen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben sich etabliert.

Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach 19 Jahren CDU-Regierung auch die Kluft zwischen Arm und Reich in Thüringen immer tiefer wurde und immer weniger Menschen am gesellschaftlichen Fortschritt gleichberechtigt teilhaben. Die CDU ist verantwortlich für die Anhäufung von 15 Milliarden Euro Schulden. Stagnation und z. T. Rückschritte sind an vielen Stellen greifbar. Eine verfehlte Bildungspolitik vertieft die soziale Selektion und Spaltung. 60.000 Kinder leben in Thüringen in Armut. Thüringen ist deutschlandweit zum Billiglohnland Nummer 1 geworden. Viele Menschen erhalten trotz eines Vollzeitjobs ergänzend Hartz-IV-Bezüge. Täglich verlassen knapp 60 junge qualifizierte Leute den Freistaat. Städte und Gemeinden sind zunehmend in ihrer finanziellen Existenz bedroht. Direkte demokratische Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern wird seitens der herrschenden CDU nur halbherzig akzeptiert. Mit den automatischen Diätenerhöhungen für Abgeordnete wurde durch CDU-Mehrheit eine Selbstbedienungsmentalität gesetzlich verankert. Die CDU-Politik trägt auch die Verantwortung dafür, dass Vettern- und Parteibuchwirtschaft sowie schwarzer Filz regelmäßig bedient und unsägliche Skandale produziert werden.

Eine solche Situation verlangt geradezu nach Veränderung!

Doch VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!

Auch auf Bundesebene vollzieht sich eine ähnliche Entwicklung. Seit Jahren behauptet eine neoliberale Propaganda, wegen der Globalisierung und der Demographiezahlen sei der angeblich „ineffiziente“ Sozialstaat am Ende. In Wahrheit jedoch geht es aber um die Durchkapitalisierung aller Bereiche des menschlichen Lebens und die Privatisierung des öffentlichen Eigentums. Alles ist dem Ziel der hemmungslosen Profitmaximierung der Geld-Eliten auf Kosten der Schwachen in dieser Gesellschaft untergeordnet. Dabei haben die regierenden Politiker in Bund und Land sowie die Mehrzahl der Medien die längste Zeit diese Richtung mit „Reformen“ bzw. eintöniger Propaganda vom unabhängigen Markt befördert und dreist behauptet, alles sei alternativlos. Die gegenwärtige Finanzmarktkrise hat

schonungslos das Versagen dieser Politiker und eines ungezügelter Marktes offen gelegt. Und auch hier geht die Lösung auf Kosten der Steuerzahler: Die Gewinne skrupelloser Spekulanten bei den Banken werden privatisiert und die Verluste verstaatlicht.

Auch diese Politik verlangt geradezu nach Veränderung!
Und diese VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!

Wir sagen, es ist jetzt Zeit für eine DEUTLICHE VERÄNDERUNG!
Wir sagen, wir wollen jetzt einen Aufbruch, eine neue Politik wagen!

Wir, die Partei DIE LINKE, die von Anfang an gegen diese unsolidarische und undemokratische Politik gekämpft hat, steht wie keine andere Partei für einen generellen Politikwechsel hier in Thüringen. Und Sie als Wählerinnen und Wähler entscheiden darüber, ob es in unserem Land zu einem wirklichen Wandel hin zu:

- 1. mehr sozialer Gerechtigkeit,**
- 2. gleichen Bildungschancen und kultureller Teilhabe für alle,**
- 3. menschenwürdigen und existenzsichernden Arbeitsplätzen für Frauen und Männer,**
- 4. einer Energieoffensive, verbunden mit ökologischer Ausrichtung der Wirtschaft sowie**
- 5. mehr direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung**

kommt.

Mit diesen Leitprojekten wollen wir an die fortschrittlichen Traditionen Thüringens anknüpfen. Hier wurde karitatives Wirken populär gemacht, hier liegt die Wiege von Reformation, Aufklärung und Toleranz. Während der Reaktionsphasen des 19. Jahrhunderts galt unsere Region als ein Hort der Freiheit. In den Anfangsjahren der Weimarer Republik war das infolge der Novemberrevolution gegründete Land Thüringen ein Hoffnungsträger des demokratischen und sozialen Fortschritts, in dem das Bauhaus als Synonym für den Aufbruch in die Moderne zunächst eine Heimat fand.

Gegen diesen Aufbruch standen reaktionärer Kleingeist und Kulturreaktion. Sie vertrieben Mitte der 20er Jahre das Bauhaus aus Weimar und ermöglichten den ersten faschistischen Landesminister der Weimarer Republik. Für den furchtbaren Tiefpunkt dieser dunkelsten Seite der Vergangenheit Thüringens stehen die Namen Buchenwald und Mittelbau-Dora.

Aus beiden Linien der Geschichte Thüringens leiten wir für uns die Verpflichtung ab, jegliche Tendenzen des Rechtsextremismus zu bekämpfen sowie die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken.

Eine erfolgreiche linke Landespolitik hängt stark von der Europa-, Bundes- und Kommunalpolitik ab. Dort und durch die Globalisierung werden Rahmenbedingungen gesetzt, die wir nicht ignorieren können. Insbesondere die Auswirkungen der internationalen Immobilien- und Finanzkrise sind schwer absehbar. Sie ist Ergebnis einer falschen Politik gegenüber den Banken und Vermögenden sowie den Staaten, die Steueroasen zuließen, die die Konkurrenz der Staaten untereinander maßlos werden ließen.

Zudem kosteten und kosten unsinnige und teure von der CDU auf den Weg gebrachte Großprojekte, wie z.B. Spaßbäder Thüringen enorme Steuermittel. Sie belasten Haushaltsspielräume in den nächsten Jahren, ohne dass diese Investitionen bislang zu einem

selbst tragenden Aufschwung beitragen. Gleiches gilt für die intransparente Förderung der Landesgesellschaften.

DIE LINKE fordert deshalb zunächst einen umfassenden Kassensturz für Thüringen. Nach fast 20 Jahren CDU-Regierung in Thüringen muss Klarheit her, welche Erblasten der Thüringer Bevölkerung durch die CDU auferlegt wurden.

Diese Umstände machen die Einleitung von Veränderungen schwierig. Dennoch ist sehr viel möglich. Und viele Menschen warten auf ein solches Signal.

**Und dieses Signal, diese VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!
Wir wollen eine neue Politik, gemeinsam mit Ihnen gestalten!**

Unverzichtbar für eine solche neue Politik sind für uns aber die Schlussfolgerungen aus der eigenen Vergangenheit und unserer Verantwortung. Denn nur wer die Lehren aus der Geschichte berücksichtigt, kann die Zukunft verantwortungsvoll gestalten. Ein Sozialismus ist ohne Demokratie, Freiheit, Solidarität und individuelle Rechte nicht denkbar. Ein Zurück hinter diesen Gründungskonsens der PDS von 1990 wird es nicht geben. Soziale Grundrechte, demokratische Teilhabe und individuelle Freiheit bilden für uns eine untrennbare Einheit und Verpflichtung.

Darum werden wir den Zustand, dass Bürgerinnen und Bürgern von der Politik zu Zuschauern degradiert werden, beenden. Wir wollen damit ein entscheidendes Vermächtnis der politischen Wende 1989/90 umsetzen und mit Leben erfüllen. Das bedeutet für uns, direkte Mitbestimmung und Teilhabe an der Politik für alle Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen.

Damit werden wir Sie, liebe Thüringerinnen und Thüringer, direkt in die Gestaltung der Zukunftsaufgaben Thüringens einbeziehen.

DIE LINKE will gemeinsam mit IHNEN Thüringen zukunftssicher und attraktiv für alle Generationen machen.

Wir wollen, dass alle von ihrer Arbeit Lohn auch leben können.

Wir sind überzeugt, dass wir gemeinsam die Kraft, den Mut und den Willen haben, für Veränderung in unserem Land zu sorgen.

**Deshalb ist Ihre Entscheidung so wichtig!
VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!**

UNSER LEITPROJEKT: MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit!

Wir betrachten Sozialpolitik als eine ganzheitliche Politik, die den Menschen ermöglicht, selbstbestimmt ihr eigenes Leben und ihr gesellschaftliches Umfeld aktiv zu gestalten. Für DIE LINKE bedeutet Sozialpolitik die Sicherstellung der sozialen Daseinsvorsorge als Teil der Lebensqualität in Städten, Gemeinden und Landkreisen. Wir wollen es allen Menschen ermöglichen, in dem von ihnen gewünschten Rahmen an der Gesellschaft teilzuhaben, sich also politisch, kulturell, künstlerisch, sportlich zu betätigen oder in anderen gesellschaftlichen Bereichen einzubringen. Dazu müssen die Einschnitte in den Sozialstaat gestoppt werden. Unsere Gesellschaft braucht eine neue Idee sozialer Gerechtigkeit und der Verantwortung der Starken für die Schwachen.

Deshalb setzt sich DIE LINKE im Bund für die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme ein. Unser Ziel ist dabei die schrittweise Umgestaltung der Sozialversicherungen zu Bürgerversicherungen.

DIE LINKE ist für die Schaffung einer effektiven sozialen Infrastruktur. Dazu bedarf es einer regelmäßigen Sozialberichterstattung zur Analyse der sozialen Lage und deren Ursachen. Auf dieser Grundlage werden im Rahmen einer Sozialplanung die Schwerpunkte sozialer Arbeit in den Sozialräumen ermittelt und entsprechende Strukturen der sozialen Arbeit eingerichtet.

DIE LINKE wird eine Sozialpauschale einführen. Unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl erhalten die Landkreise und kreisfreien Städte finanzielle Mittel zur Schaffung von bis zu 200 sozialversicherungspflichtigen und nach Tarif bezahlten Arbeitsplätzen in Thüringen, mit denen langfristige, tragfähige Netzwerke sozialer Einrichtungen installiert werden können. Vorrangig soll die Sozialpauschale für die Bereiche Frauen- und Familienzentren, Seniorenbüros, Behindertenberatungsstellen, aber auch für die Suchtberatung und Prävention sowie beim Verbraucherschutz und bei den Schuldnerberatungsstellen eingesetzt werden.

DIE LINKE setzt sich für die Einführung eines Sozialtickets für Busse und Bahnen ein, das Menschen mit einem geringen Einkommen die heute unabdingbare gesellschaftliche Mobilität ermöglichen soll.

Im Rahmen der Übernahme von staatlichen Aufgaben durch Freie Träger setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass die Finanzierung der Aufgaben der Freien Wohlfahrtspflege langfristig und planbar garantiert wird. Dazu bedarf es, unabhängig von den Einnahmen aus dem Lottobetrieb, gesetzlicher Regelungen. Damit kann eine langfristige und stabile Förderung beider Bereiche gesichert werden.

Ehrenamtliches Engagement ist ein unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Daseinsvorsorge, es ist entscheidend für ein solidarisches Miteinander und für das kulturelle und sportliche Leben in Thüringen. Dennoch darf sich der Staat nicht seiner Verantwortung entziehen und die ganze Last der ehrenamtlichen Arbeit aufbürden. Um ein Ehrenamt ausführen zu können, bedarf es des Rahmens und der Unterstützung des Hauptamtes. DIE LINKE wird die politischen Rahmenbedingungen zur Ausführung des Ehrenamtes durch ein Ehrenamtsgesetz verbessern. Die Aufgaben der Ehrenamtsstiftung bedürfen einer neuen Ausrichtung. DIE LINKE prüft, die Mittel für die ehrenamtliche Arbeit in den kommenden Jahren zu erhöhen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine zukunftsfähige Gesundheitspolitik!

Gesundheitssicherung und medizinische Versorgung sind als soziales Menschenrecht nur als öffentliche Aufgabe zu gewährleisten. Gesundheit dient der Persönlichkeitsentwicklung, der autonomen Lebensgestaltung und Selbstverwirklichung.

Es geht um eine gesundheitsfördernde Gesamtpolitik im Sinne einer sozialen Prävention einschließlich der Gesundheitsbildung und -beratung. Das ist eine wesentliche Aufgabe des Landes und der Kommunen. Der öffentliche Gesundheitsdienst wird gestärkt, damit er die ihm obliegenden Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge, wie Prävention, Infektionsschutz, Gesundheitsberichterstattung und Beratung benachteiligter Bevölkerungsgruppen besser wahrnehmen kann. Wir wollen deshalb ein Gesetz für den öffentlichen Gesundheitsdienst erlassen. Die kommunalen Gesundheitsämter sollen gestärkt und dazu befähigt werden, dort, wo es nötig ist, auf die regionale Unterversorgung zu reagieren.

Prävention und Gesundheitserziehung vor allem in Kindertageseinrichtungen und Schulen werden in Zusammenarbeit mit den Kassen und der Kassenärztlichen Vereinigung erheblich verstärkt.

Die Sicherung einer ambulanten, stationären, rehabilitativen und komplementären wohnortnahen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger entspricht den Grundsätzen für eine verantwortungsbewusste Daseinsvorsorge als Pflichtaufgabe der kommunalen Körperschaft und des Landes Thüringen. Die dazu notwendigen Instrumente – wie der Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigung für die ambulante Versorgung, die gemeindenahе psychiatrische Versorgung und die Verantwortung des Landes für die Krankenhausplanung – sind zu erhalten und gemeinsam mit den Kommunen abzustimmen.

DIE LINKE wird alle Möglichkeiten nutzen, der drohenden und in einzelnen Regionen bereits vorhandenen ärztlichen Unterversorgung entgegenzuwirken. Dazu zählen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, die Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und die Verbesserung von Ansiedlungsreizen. Dabei muss auch die ambulante geriatrische Versorgung weiter ausgebaut werden.

Um die Unabhängigkeit von Forschung, Lehre und Krankenpflege zu gewährleisten, ist der Erhalt des Universitätsklinikums Jena in Trägerschaft des Landes zu gewährleisten und durch einen eigenständigen Zuwendungs- und Leistungsvertrag weiterzuentwickeln.

Die Krankenhausversorgung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Von einst 72 Krankenhäusern weist Thüringen heute noch 46 aus. Zur Aufrechterhaltung einer bürgernahen, altersgerechten und qualitativen medizinischen Versorgung dürfen keine weiteren Krankenhäuser oder wichtigen Fachabteilungen geschlossen werden. Deshalb muss auch eine weitere Privatisierung (Kommerzialisierung) im Krankenhausbereich verhindert werden.

Alle Krankenhäuser müssen über ein auf ihre Region abgestimmtes Schnittstellenmanagement bei der Überleitung in eine Anschlussheilbehandlung, in den Pflegebereich etc. verfügen.

DIE LINKE will Thüringen als Reha- und Kur-Standort ausbauen, wobei regionale und kommunale Trägerstrukturen sowie Bürgervereine und Stiftungen unterstützt werden.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern!

DIE LINKE will eine Familienpolitik, die den heutigen vielfältigen Formen des Zusammenlebens der Menschen Rechnung trägt und über die ausschließliche Betrachtung von Trauschein, Herkunft und sexueller Orientierung hinausgeht.

DIE LINKE will mit ihrer Familienpolitik dazu beitragen, dass die Entscheidung für ein Kind erleichtert und die Lebensbedingungen von Familien konsequent verbessert werden. Der Ausbau der Kindertagesstätten als Bildungs- und Familienzentren muss auf einem hohen qualitativen Niveau zügig umgesetzt werden.

Zur familienfreundlichen Gestaltung der Arbeitswelt werden wir derartige Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sowie geeignete flexible Arbeitszeitmodelle anbieten. Kleinere und mittlere Unternehmen werden bei der Einrichtung familienfreundlicher Arbeitsplätze unterstützt.

Zur Wahrnehmung staatlicher Verantwortung gehört für DIE LINKE aber auch der Ausbau von Beratungsstellen für Mütter und Väter, für Familienhilfe und für die Schwangerschaftskonfliktberatung. Die Beratungsstellen sollen durch aufsuchende Hilfen ergänzt werden.

Verbindliche Vorsorgeuntersuchungen durch besonders qualifizierte Ärztinnen und Ärzte sollen helfen, Gewalt an Kindern schneller zu erkennen und Jugendämter sollen darin unterstützt werden, misshandelten und missbrauchten Kindern eine schnellere und dauerhaftere Perspektive in Pflege- und Adoptivfamilien zu ermöglichen. Entscheidend ist der

Ausbau der Hilfestrukturen, um Familien in schwierigen Situationen rechtzeitig zu erreichen und dies langfristig zu finanzieren.

Die Stiftung FamilienSinn wird aufgelöst und die Aufgaben in die Landeshoheit zurückgeholt. Die Angebote der Familienerholung und Familienurlaube werden dahingehend ausgebaut, dass insbesondere Familien in schwierigen sozialen Lagen eine Möglichkeit der Entspannung geboten werden kann.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Konsequent gegen Kinderarmut!

Kinderarmut ist ein gesellschaftlicher Skandal! Sie grenzt viele Kinder dauerhaft aus und beschneidet ihre Entwicklungschancen. Armut der Eltern führt zu Armut der Kinder, die bisher dauerhaft von gesellschaftlicher Teilhabe ausgegrenzt und in die Chancenlosigkeit getrieben werden. Wir begrüßen ausdrücklich das „Gemeinsame Soziale Wort zur Kinderarmut in Thüringen“ der Wohlfahrtsverbände, Kirchen etc. und werden uns für die Umsetzung der darin enthaltenen Forderungen einsetzen.

Ziel muss sein, die Einkommenssituation der Eltern zu verbessern. Dazu ist es nötig, die Armutsfalle Hartz IV abzuschaffen, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen und das Lohndumping einzuschränken, denn Frauen und Männer brauchen angemessen entlohnte Arbeitsplätze.

Mit verstärkten Investitionen in die frühkindliche und schulische Bildung und einer langfristigen Umstrukturierung der Schule hin zu längerem gemeinsamen Lernen muss allen Kindern das Recht auf Bildung für die Zukunft eingeräumt werden. Zudem müssen Schule und Jugendhilfe enger zusammenarbeiten.

Auf Bundesebene kämpft DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung, die allen Kindern als finanzielle Leistung zur Verfügung steht, ohne dass diese auf das Familieneinkommen angerechnet wird. Zusätzliche Mittel sollen für den Ausbau der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe eingesetzt werden, die allen Kindern zugänglich sind, unabhängig des sozialen Hintergrundes der Eltern.

Um eine eigenständige Kinderpolitik zu etablieren, müssen Kinder als selbstständige Subjekte wahrgenommen und mit mehr Rechten ausgestattet werden. Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, die in der UN-Kinderrechtskonvention formulierten Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen. DIE LINKE wird die Kommunen bei dem Ausbau und der Stärkung der Strukturen des Kinderschutzes unterstützen.

Mit einem Sofortprogramm will DIE LINKE Maßnahmen gegen Kinderarmut ergreifen. Bestandteile dieses Programms sollen unter anderem Schritte für ein kostenloses Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen sein. DIE LINKE legt Wert auf eine ausgewogene Ernährung hoher Qualität, verbunden mit einer Ernährungserziehung, die zum Bestandteil der Bildungspläne gemacht wird – dies auch im Rahmen der Gesundheitsförderung und Prävention für Kinder. Wo möglich, sollen an Kitas und Schulen wieder Küchen eingerichtet und betrieben werden.

Ebenfalls wird eine Unterstützung der Kommunen angestrebt, um Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie die Nutzung von Bussen und Bahnen für Kinder und Jugendliche auf Dauer kostenfrei zugänglich zu machen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Aktiv im Alter – Stärkung der Rechte der Senioren!

DIE LINKE setzt sich für ein zeitgemäßes Bild des Alters und des Alterns ein, das durch Aktivität und Teilhabe gekennzeichnet ist. Ältere Menschen verfügen über Wissen, Erfahrung und Kompetenz, was für die Gesellschaft von hoher Bedeutung ist. Anstelle von Ausgrenzung und fehlendem Respekt setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass ältere Menschen in die gesellschaftlichen Prozesse integriert werden.

DIE LINKE kämpft gegen Altersdiskriminierung, wie sie z.B. bei Kreditvergabe und Vertragsabschlüssen Alltag ist. Wir setzen uns in jedem Altersabschnitt des Menschen für ein Leben in Würde ein und damit auch gegen Altersarmut und finanzielle Abhängigkeiten.

DIE LINKE wird ein Gesetz zur Stärkung der Interessenvertretung von Seniorinnen und Senioren auf den Weg bringen.

Selbst bestimmtes Leben in Würde, das in jedem Altersabschnitt des Menschen möglich ist, will DIE LINKE durch Stärkung ehrenamtlichen Engagements, der Nachbarschaftshilfe und durch Seniorenbegegnungsstätten fördern.

In Kommunen sollen Seniorenbeiräte gebildet werden, die den Erfahrungs- und Gedankenaustausch zwischen Jung und Alt befördern.

DIE LINKE ist für die Erstellung und Fortschreibung eines Landespflegeplanes sowie für die Erarbeitung eines neuen Heimgesetzes zur Gewährleistung hoher Qualitätsstandards mit einem höheren Fachkräfteschlüssel in der Pflege. Wir benötigen eine qualitativ und quantitativ ausreichende Zahl von Pflegefachkräften und die Überarbeitung der Ausbildungsinhalte, bei denen das Qualitätsmanagement in den Mittelpunkt rückt.

DIE LINKE setzt sich für tarifgerechte Bezahlung und Entbürokratisierung der Pflege ein. Wir sind zudem für ein Landesprogramm, mit dem Pflegekräfte mit langjähriger Berufserfahrung zu Pflegefachkräften weitergebildet werden. Ebenso müssen Fachkräfte im Bereich der Gerontopsychiatrie aus- und weitergebildet werden.

Bezahlbare und bedarfsgerechte Wohnungen sowie selbst bestimmtes Wohnen sind für DIE LINKE Grundvoraussetzung sozialer Sicherheit und Menschenwürde. DIE LINKE setzt sich daher für den Erhalt und die Förderung bezahlbarer Wohnungen für Familien und ältere Menschen und die Förderung von Mehrgenerationenhäusern in Wohnungs- und Bauprogrammen ein. Um den Wohnbedürfnissen älter werdender Menschen gerecht zu werden, ist DIE LINKE für ein Programm zur Schaffung von barrierefreien, alternativen und generationenübergreifenden Wohn- und Betreuungsformen. Insbesondere sind Wohnprojekte zu fördern, in denen sich die Bewohnerinnen und Bewohner gegenseitig helfen können sowie Wohnprojekte mit integrierten und ambulanten Pflegediensten und Dienstleistungsangeboten, die ein längeres Leben in der eigenen Wohnung ermöglichen.

DIE LINKE will Thüringen als attraktiven Wohn- und Lebensraum stärken und weiterentwickeln. Familienfreundliche, sozial gerechte, demokratische und ökologische Kommunen und Regionen sollen in Thüringen nachhaltig die Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger sichern.

Stadtentwicklung/Städtebauförderung soll daher konsequent unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten fortgeführt werden, um das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben in den Kommunen weiterzugestalten. Im Rahmen des demografiebedingten Stadtumbaus richten wir besonderes Augenmerk auf die Revitalisierung der Innenstädte und Ortskerne und den Erhalt des städtischen kulturellen Erbes.

Die Entwicklung der Stadt und der Regionen muss in stärkerem Maße wieder zur eigenen Sache der Bürgerinnen und Bürger werden.

Bezahlbare Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sind im Interesse des Gemeinwohls sicherzustellen. Die Privatisierung öffentlichen Eigentums und kommunaler Versorgungsunternehmen lehnen wir ab.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Gleichstellung von Frauen und Männern!

Wie demokratisch eine Gesellschaft ist, misst sich für DIE LINKE an der Freiheit von Frauen und Männern, den eigenen Lebensentwurf frei von Rollenklischees umsetzen zu können. Die gerechte Verteilung von Erwerbs-, Haus- und Erziehungsarbeit zwischen den Geschlechtern ist eine wichtige Voraussetzung dafür.

Jede Gewalt an Frauen, in Familien und der Gesellschaft muss öffentlich geächtet und entschieden verfolgt werden. Wir brauchen ein flächendeckendes Netz an arbeitsfähigen Frauenhäusern. Dazu gehören auch ein überzeugendes Interventionskonzept und der Ausbau der Täterberatung.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass das Gleichstellungsgesetz für den Öffentlichen Dienst novelliert und von der Landesregierung tatsächlich angewendet wird. Das heißt auch, dass Frauen bei gleicher Qualifikation so lange in Ministerien und Landesbehörden bei zu besetzenden Stellen bevorzugt einzustellen sind, solange Frauen in den Führungsetagen unterrepräsentiert sind. Gleichzeitig gilt es, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft zu befördern. Dafür werden Gleichstellungsmaßnahmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt. Im Bundesrat wird ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft in Angriff genommen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mehr als eine frauenpolitische Forderung nach Anerkennung fachlicher Kompetenzen. Es geht dabei sowohl für Männer als auch für Frauen um nicht weniger als ein Umdenken und die Neubewerten von gesellschaftlicher Arbeit - ob am Computer, im Haushalt, an der Werkbank, auf dem Spielplatz oder bei der Pflege von Angehörigen. Besondere Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhalten Alleinerziehende. Bei der Arbeitsorganisation im Landesdienst wird besonders auf ihre familiäre Situation Rücksicht genommen. Bei der Vergabe von Krippen- und Kitaplätzen werden bei Engpässen Alleinerziehende besonders berücksichtigt.

Wir sagen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit zur Sicherung der ökonomischen Unabhängigkeit!

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine Selbstbestimmte Behindertenpolitik!

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf volle Teilhabe. Mit der Verabschiedung der UN-Konvention „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung“ wurde deutlich, dass Behindertenpolitik nicht Fürsorge heißen kann, sondern den Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte bedeutet. Das heißt: Die sozialen Rechte wie das Recht auf schulische und berufliche Bildung und das Recht auf Arbeit müssen in nationales Recht überführt werden. Eine Erweiterung der Thüringer Verfassung um diese Bürgerrechte wird durch die Partei DIE LINKE angestrebt. Dieser Anspruch kann in Thüringen nur umgesetzt werden, wenn die Schulgesetzgebung völlig neu gestaltet wird und Kinder mit und ohne Behinderungen perspektivisch gemeinsam unterrichtet werden.

Um eine umfassende „selbstbestimmte Behindertenpolitik“ in Thüringen zu gewährleisten, ist es notwendig, das Thüringer Gleichstellungsgesetz für Behinderte zu novellieren. Es müssen die Rechte und Pflichten des oder der Behindertenbeauftragten gestärkt werden. Ein unabhängiger Landesbehindertenbeirat soll die Landesregierung in allen Fragen der Gleichstellungspolitik beraten.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Dringlichkeit von barrierefreiem Bauen und Wohnen erkannt wird und Förderprogramme zum Bau von barrierefreiem Wohnraum, auch im ländlichen Raum, aufgelegt werden. Ebenso müssen Dienstleistungen ausgebaut werden,

dabei aber bedarfsgerecht und bezahlbar bleiben. Dem Wunsch nach gemeindenahem Wohnen und Leben wird somit besser entsprochen.

Um den Bedarf nach persönlicher Assistenz zu sichern, setzt sich DIE LINKE für gesetzliche Rahmenbedingungen in Land und Bund ein wie beispielsweise bei der Einführung eines flächendeckenden trägerübergreifenden persönlichen Budgets. DIE LINKE will unabhängige Beratungsstellen für Menschen mit Behinderungen kontinuierlich fördern.

Um ein eigenständiges Leben führen zu können, brauchen wir mehr versicherungspflichtige Arbeitsplätze, die aus den Mitteln der Ausgleichsabgabe sowie aus Landesmitteln über ein „Budget für Arbeit“ geschaffen werden sollen. Versicherungspflichtige Arbeitsplätze sollen für die Menschen, die es wollen, den Weg aus den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen ebnen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine bedarfsorientierte Grundsicherung und gegen die Rente ab 67!

Wir werden uns für eine bedarfsorientierte Grundsicherung gegenüber dem Bund, den Rententrägern und öffentlichen Kassen einsetzen. Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West sowie für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss endlich mit sozialen Sicherungssystemen komplettiert werden. Dazu gehört selbstverständlich auch die Forderung nach Abschaffung der Armutsfalle Hartz IV.

Die Grundsicherung soll in Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Erwerbsunfähigkeit für Menschen sozial absichernd sein.

Konsequent sagen wir nein zur Rente ab 67 und zur Zwangsverrentung auf der Grundlage von Hartz-IV. Wir streiten für flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor dem 65. Lebensjahr.

Die Bundesagentur für Arbeit muss Altersteilzeitmodelle stärker fördern, die Rentenwerte Ost und West müssen angeglichen, das Frauenrentenrecht angepasst sowie die Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung abgeschafft werden.

DIE LINKE tritt auf Bundesebene für eine Kindergrundsicherung ein und gestaltet dies auch durch kinderfreundliche Richtlinien in der Landespolitik aus. Zur eigenständigen Absicherung von Frauen beim Bezug des Arbeitslosengeldes II wird eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften geprüft.

UNSER LEITPROJEKT: GLEICHE BILDUNGSCHANCEN UND KULTURELLE TEILHABE FÜR ALLE

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Gleiche Bildungschancen für alle!

Das gegenwärtige Bildungssystem vertieft soziale Ungleichheit durch mangelnde frühkindliche Bildung, fehlende individuelle Förderung, Unterfinanzierung und frühzeitige Auslese. Es zementiert soziale Ausgrenzung. Hier gilt es, mit aller Kraft gegenzusteuern, denn Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht!

Für die LINKE ist lebensbegleitendes Lernen die Anforderung jeder modernen Gesellschaftsentwicklung. Eine der wichtigsten Aufgaben von Politik ist, hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die Stärkung der frühkindlichen Bildung stellt einen besonderen Schwerpunkt der LINKEN im Bildungsbereich dar. Hierzu sind die Personalausstattung in den Kindergärten an die europäischen Normen heranzuführen, dazu als erster Schritt 2.000 Fachkräfte einzustellen, die Förderpädagogik auszubauen, einheitliche Bildungsstandards umzusetzen und die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher auf Fachhochschulniveau anzuheben. Zudem plädiert DIE LINKE für einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab Geburt.

Die LINKE will eine neue Schule für Thüringen. Eine solche grundlegende Veränderung wird mittels Volksentscheid auf den Weg gebracht. Ziel ist die schrittweise Einführung des längeren gemeinsamen Lernens aller Schüler bis zur Klasse 8. Grundschule und Regelschule werden zur integrativen Regelschule zusammengefasst, an die sich ab Klasse 10 eine gymnasiale Oberstufe bis zur Klasse 13 anschließen kann. Das Erreichen der Hochschulreife über das Gymnasium ist von Klasse 9 bis Klasse 12 möglich. Ziel ist es, jedes Kind entsprechend seiner Begabungen optimal zu fördern, kein Kind zurückzulassen und mit einer sinnvollen Schulnetzplanung auch die Erhaltung kleinerer Schulen oder Schulteile zu ermöglichen.

Die Schule soll als Lern- und Lebensort von Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften ausgestaltet werden, in dem Bildung und Erziehung gleichrangige Aufgaben darstellen und Raum für Selbstentfaltung gegeben wird. Der Hort ist für uns unverzichtbarer Bestandteil der Schule. Die Personalnot bei den Horterzieherinnen und Horterziehern wird beseitigt und offene Ganztagsangebote werden in großer Breite ausgebaut. Das Personal wird bei einem Arbeitgeber (derzeit beim Land) zusammengeführt. Der Ausbau des Angebots an gebundenen Ganztagschulen mit rhythmisiertem Schulalltag entsprechend des Bedarfs wird unabhängig von der Trägerschaft gefördert.

Bildungseinrichtungen, die soziale Ausgrenzung befördern, können keine gleichen Bildungschancen bieten. Deswegen ist die Sicherung der Lernmittelfreiheit und die stufenweise Gewährleistung einer gesunden und kostenfreien Ernährung an jeder Kindertagesstätte und allgemein bildenden Schule Ziel der LINKEN. Pläne zur Aufhebung der Lernmittelfreiheit durch die CDU müssen verhindert, die Kosten für Schulmaterial sozial gestaltet und eine erhebliche Stützung des Schulessens als erster Schritt zur Kostenfreiheit aus der Kraft des Landes herbeigeführt werden.

Verbesserungen im Bereich der Schulfinanzierung, Schulsanierung und der Personalpolitik sind auf dem Weg zu einer besseren Bildung unerlässlich. Damit soll der sozialen Selektion effektiv entgegengewirkt werden. Die Finanzierung von Bildung ist die wichtigste Investition in die Zukunft Thüringens. Mittel, die durch den Schülerrückgang freiwerden, dürfen deswegen nicht abfließen, sondern müssen vollständig zur Qualitätsverbesserung von Bildung oder in Investitionen eingesetzt werden. Neben der prinzipiellen Gleichbehandlung aller Lehrerinnen und Lehrer (Schluss mit der Ungleichbehandlung von beamteten und angestellten Pädagoginnen und Pädagogen) muss endlich eine zukunftsorientierte Personalplanung, eine adäquate Entlohnung und eine nennenswerte Neueinstellung junger Lehrkräfte durchgesetzt werden.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Mehr Integration und Selbstständigkeit an den Schulen!

In ihrem Bildungskonzept will die LINKE in Thüringen die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen und die Verantwortung der Kommunen für die Schule entscheidend stärken. Die Schulen sollen in allen Fragen der Schul- und Unterrichtsorganisation sowie der Lernqualität mehr Eigenverantwortung und

Selbstständigkeit erhalten. Dies betrifft auch die Personalauswahl, die vollständige Verfügung über Budgets und die Leistungsbewertung, wobei der Mitbestimmung der Eltern sowie Schülerinnen und Schüler eine wichtige Rolle zukommt. Die staatlichen Schulämter sind mit den kommunalen Schulverwaltungen zusammenzuführen, die inhaltlichen Kompetenzen der kommunalen Bildungsausschüsse und der Schulverwaltungsämter sind entsprechend zu erweitern. Ein flächendeckendes und wirksames Unterstützungs- und Beratungssystem für Kindereinrichtungen und Schulen ist zu schaffen.

Die Zahl der Schulpsychologinnen und –psychologen ist deutlich zu erhöhen. Ein spezielles Landesprogramm ermöglicht die Tätigkeit von Schulsozialarbeiterinnen und –sozialarbeiter an jeder allgemein bildenden und Berufsbildenden Schule.

Für die LINKE kommt es darauf an, alle förderpädagogischen Voraussetzungen zu schaffen, um die Beschulung von Schülern mit besonderem Förderbedarf weitestgehend im Rahmen des gemeinsamen Unterrichts an den allgemein bildenden und Berufsbildenden Schulen durchführen zu können. Die Zahl der Förderpädagoginnen und –pädagogen sowie der sonderpädagogischen Fachkräfte an den allgemein bildenden und Berufsbildenden Schulen ist deutlich anzuheben.

DIE LINKE streitet für eine Erhöhung der Jugendpauschale, mit der langfristig Stellen für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter gesichert und Angebote der Jugendhilfe bedarfsgerecht umgesetzt werden.

Durch eine vollständige Finanzierung des Landesjugendförderplanes soll zusammen mit Jugendverbänden u.a. ein Fachreferentenprogramm gegen Rechtsextremismus aufgelegt werden.

In der Jugendarbeit muss die Verbindlichkeit von Qualitätsstandards z.B. bei Streetwork und den Häusern der offenen Tür wieder hergestellt und das geltende Fachkräftegebot durch qualifiziertes Personal gesichert werden. DIE LINKE setzt sich in einzelnen Bereichen der Jugendhilfe für konkrete Qualitätsstandards ein. Wir werden 1-Euro-Jobs und andere Maßnahmen durch gemeinnützige, öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ersetzen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Ausbildungsplätze für alle Schülerinnen und Schüler!

Um der Abwanderung junger Menschen entgegenzuwirken, müssen in Thüringen deutlich mehr betriebliche Ausbildungsplätze mit ausreichender sozialer Absicherung und guten Übernahmechancen geschaffen werden. Die LINKE wird sich mit einer Ausbildungsplatzumlage für eine gesetzliche Regelung einsetzen, die die Ausbildungslasten zwischen den Unternehmen gerecht verteilt und Unternehmen an Ausbildung stärker interessiert. Im öffentlichen Dienst des Landes und der Kommunen sowie der öffentlichen Körperschaften ist eine Ausbildungsquote von mindestens 6 Prozent zu gewährleisten.

Der Bereich der außerbetrieblichen Ausbildung und der Benachteiligtenausbildung bedarf dringend der Neuordnung. Maßnahmen, die reine Warteschleifen sind, müssen abgeschafft und ersetzt werden. Das Berufsvorbereitende Jahr ist durch praxisnahe modulare Ausbildungsformen mit sozialpädagogischer Begleitung und effektiven Hilfen für den Übergang in Arbeit zu ersetzen. Die Berufsschulpflicht wird auf 18 Jahre gesenkt.

Jugendliche ohne Ausbildungsentgelt und ohne Anspruch auf BAföG oder vergleichbaren Leistungen, werden durch eine Landesausbildungsbeihilfe unterstützt. Die LINKE setzt sich für eine soziale Mindestsicherung junger Menschen in Schule und Ausbildung ein.

Die Entwicklung der beruflichen Schulen soll sich entsprechend einer Berufsschulnetzplanung des Landes vollziehen, an der alle wesentlichen Akteure beteiligt und die demografischen Probleme berücksichtigt werden.

Zur Sicherung der Qualität in der Berufsbildung und Berufsberatung setzt sich die LINKE für die Wiedereinführung der Ausbildereignungsverordnung, für regelmäßige Kontrollen der Ausbildungsqualität sowie für die Sicherung der Mitspracherechte von Auszubildendenvertretungen ein – dies gilt auch für außerbetriebliche und vollzeitschulische Einrichtungen. Polytechnische Bildung und Berufswahlorientierung werden in die Lehrpläne der allgemein bildenden Schule integriert. Das Landesprogramm „Berufsstart“ wird auf alle Schulen ausgedehnt. Damit soll die Zahl der Schul- und Ausbildungsabbrecher deutlich gesenkt werden.

Neben schulischer, beruflicher und universitärer Bildung kommt vor allem der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung Bedeutung zu. Hierfür wollen wir ein Bildungsfreistellungsgesetz und ein Erwachsenenbildungsgesetz, die die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Netz an Volkshochschulen und anderen Weiterbildungsträgern nicht ausgedünnt wird. In erster Linie will sich DIE LINKE für eine Verbesserung der politischen Bildung an den Schulen und politischer Mitwirkungsmöglichkeiten der Jugendlichen einsetzen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine neue Wissenschaftspolitik!

Hochschul- und Forschungspolitik müssen Kernstücke der Entwicklungs- und Standortpolitik des Landes und folgerichtig auch seiner Investitions- und Finanzpolitik sein. DIE LINKE will offene, soziale und demokratische Hochschulen gestalten, an denen ein solidarisches Lernen - für alle, von Anfang an und ein Leben lang - ermöglicht wird. Eine kritische, emanzipatorische und kooperative Wissenschaft ist der Grundstein für eine freie und unabhängige Forschung und Lehre.

Ein Studium soll wissenschaftliche Methoden vermitteln, mit denen die Studierenden zu selbstständigen Problemlösungen befähigt werden. Es geht um die Einübung der Fähigkeit zum Denken und Arbeiten durch wissenschaftliches Lehren und selbstständiges Lernen, sozusagen als eine reflektierende Aneignung von Wissenschaft.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für ein gebührenfreies Studium!

DIE LINKE setzt sich zum Ziel, die Studienanfängerquote in den nächsten fünf Jahren auf 50 Prozent der Abiturientinnen und Abiturienten zu erhöhen. Dazu wird ein Anreiz- und Stipendienprogramm erlassen, welches für die Thüringer Hochschulstandorte wirbt. Weiterhin bedarf es einer deutlichen Einflussnahme in Bundesrat und Kultusministerkonferenz zur Beibehaltung bzw. Festlegung bundesweit einheitlicher Standards bei Studienabschlüssen, um den bildungspolitisch kontraproduktiven Beschlüssen der Föderalismusreform entgegenzuwirken.

Wir gewährleisten den gleichen, freien und unentgeltlichen Zugang zu allen öffentlichen Hochschuleinrichtungen. DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab und wird den Verwaltungskostenbeitrag abschaffen. Zudem streben wir langfristig ein elternunabhängiges, bedarfsdeckendes BAföG für alle Studierenden ohne Rückzahlungspflicht an. Bei abgeschlossenem Bachelorstudium wird das Recht auf freien Zugang zum Master eingeführt. DIE LINKE wird mit Ansiedlungsstipendien bundesweit um Studierende werben.

Das Thüringer Studentenwerk soll ohne Erhöhung der Semesterbeiträge finanziell besser gestellt werden. Mit Mitteln aus dem Bundesprogramm „Soziale Stadt“ und im Dialog mit

kommunalen Wohnungsbaugesellschaften sowie Wohnungsbaugenossenschaften wird ein Programm „Studentischer Wohnraum“ angestrebt, das günstigen Wohnraum für Studierende sichern soll.

Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Landes haben dafür Sorge zu tragen, dass in ihren Einrichtungen künftig keine prekären Beschäftigungsverhältnisse mehr auftreten. Ein-Euro-Jobs sollen in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden. Das Land wird im Rahmen seiner rechtlichen und politischen Möglichkeiten die Tarifparteien bei der Vereinbarung eines Tarifvertrags für studentische Beschäftigte an den Thüringer Hochschulen unterstützen. Dabei wird ein Mindeststundenlohn von 8 Euro angestrebt.

Wir werden das Hochschulgesetz novellieren und das Entscheidungsrecht bei der Hochschule für ihre innere Verfasstheit und Wahlfreiheit für Rektorat- oder Präsidialverfassung belassen. Struktur und Bildungsangebote bleiben in der Hoheit der Hochschulen. Die Autonomie der Hochschulen umfasst auch die vollständige Verfügung über die Budgets; das Land wahrt die öffentliche Verantwortung, die Detailsteuerung obliegt den Hochschulen. Wir wollen gesetzlich regeln, dass in allen demokratisch organisierten Hochschulgremien auch alle Mitglieder und Angehörigen der Hochschulen paritätisch beteiligt sind. Die verfasste Studierendenschaft erhält das politische Mandat, die „Konferenz Thüringer Studierendenschaft“ wird zur rechtsfähigen Körperschaft erhoben und die Landeshochschulkonferenz wieder eingeführt.

Die LINKE wird ein Landesprogramm für die Förderung von Frauen in der Wissenschaft auflegen mit dem Ziel, mehr Frauen für Promotion und Habilitation zu gewinnen und die Anzahl der Professorinnen deutlich zu erhöhen. Den Fachhochschulen soll das Promotionsrecht gewährt und der Abbau von Geisteswissenschaften gestoppt werden.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Perspektiven für Forschung und Technologie!

Eines der wichtigsten Standbeine Thüringens ist der Bereich Forschung und Technologie. Exzellenz kann entwickelt werden, damit können innovative und dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen werden. Spitzenforschung lässt sich dauerhaft aber nur auf der Grundlage einer breiten und finanziell gefestigten Basis etablieren.

Dazu will DIE LINKE die Potenziale von Hochschulen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen, Industrie- und Berufsakademien gezielt stärken. Personalbudgets werden ausfinanziert und flexibilisiert.

Existenzgründungen aus Hochschulen werden mit einem eigenen Förderprogramm begleitet, ebenso die Entwicklung von Technologietransferzentren. Die Ausgaben für Begleitforschung und Technologiefolgenabschätzung werden erhöht.

DIE LINKE plant die Schaffung eines Landeswissenschaftsrates, der sowohl die Erstellung von Wissenschafts- und Technologiekonzeptionen und deren Umsetzung begleitet als auch das Land bei der Ausrichtung der Förderprogramme unter Wahrung der Freiheit von Wissenschaft und Forschung berät.

Die Stiftungen sollen noch stärker für die Förderung von Forschung und Entwicklung gewonnen werden.

Die wissenschaftliche Forschung sollte, ausgehend von demokratischen Entscheidungen, auf die entscheidenden ungelösten Probleme der Gesellschaft konzentriert werden. Abgelehnt werden Patente auf Gene von Lebewesen oder Teile von Lebewesen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Ein neuer Stellenwert für die Kultur!

Der Zugang zu Kultur für jede und jeden ist für DIE LINKE ein unverzichtbares Ziel. Kultur braucht nicht nur einen neuen Stellenwert, sondern muss als wertvolle Ressource, als bedeutender Standortfaktor verstanden werden.

Kultur muss auch als Teil der sozialen Frage ernst genommen werden. Wir treten deshalb für den kostenfreien Zugang zu Kultur für Kinder und Jugendliche und sozial Benachteiligte und für die breite Integration kultureller Angebote in die Bildungspläne der Kindergärten und Schulen ein.

Die LINKE plädiert für eine Kulturfinanzierung in gemeinsamer Verantwortung von Land und Kommunen. Ein „Kulturlastenausgleich“ unter hälftiger Mitfinanzierung des Landes soll in den Thüringer Regionen zur planvollen Kulturentwicklung beitragen und einen sicheren Rahmen für die abgestimmte Entwicklung von Projekten mit überregionaler Bedeutung wie von gemeindlichen Initiativen schaffen.

Die Potenzen von Kultur für Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entfaltung müssen deutlich besser genutzt werden als bisher. DIE LINKE will deswegen ein langfristiges Programm „Fachkräfte im Bereich der Soziokultur“. Es soll das bestehende Projektmanagerprogramm erweitern und sowohl im Jugendbereich als auch für die kulturelle Teilhabe von älteren Menschen Angebote in der Fläche ermöglichen. Schwerpunktmäßig sind vor allem Angebote für Kultur-Tourismus und Inseln für die Kreativwirtschaft zu fördern und zu entwickeln, unter anderem sind hier die günstige Verpachtung geeigneter Gebäude und Existenzgründungsprogramme geplant.

Das Land Thüringen verfügt über eine einzigartige reiche Kulturlandschaft, deren Schutz und Pflege für DIE LINKE Verpflichtung ist. Sie bekennt sich darum zu den vielfältigen kulturellen Aktivitäten im Freistaat, so z.B. zu 90 Jahre Bauhaus, zur Luther-Dekade 2007-2017 oder zu den Bach-Wochen.

Die Stadt Weimar muss als Knotenpunkt vieler wichtiger historischer und kultureller Bezüge besondere Aufmerksamkeit erfahren. Der Ausbau Weimars als Stätte der Klassik und des Bauhauses, aber auch als Ort demokratischer Prozesse und brutaler Unterdrückung in der deutschen Geschichte kann und muss die Stadt zu einem Lernort von internationaler Bedeutung werden lassen.

Verfolgung und Widerstand gehören zu den Grundbestandteilen der Erinnerungskultur in Deutschland. Wer auf sie zurückblickt, sollte sie in ihren Voraussetzungen, in ihrer Entwicklung und Entfaltung und zugleich auch in ihren Konsequenzen sehen. Darum wird die intensive Unterstützung der Arbeit der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora sowie der Erhalt weiterer Erinnerungsstätten generell ein untrennbarer Bestandteil der Politik der Partei DIE LINKE sein.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für die langfristige Sicherung der kulturellen Substanz!

Die Theater des Freistaates Thüringen sind für DIE LINKE weit mehr als bloße Kultureinrichtungen, vielmehr stellen sie zugleich soziokulturelle Zentren und Bildungszentren für die Regionen dar. DIE LINKE will mit allen Akteurinnen und Akteuren im Bereich von Theatern und Orchestern ein langfristiges Wirtschafts- und Betreiberkonzept erarbeiten, um künstlerische Qualität und Vielfalt, die Erhaltung der Standorte sowie von Einrichtungen und Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Dies soll zu einem Theater- und Orchesterverbund führen, in dem auch das Land seine Verantwortung wahrnimmt.

Denkmalpflege in ihrer Ganzheit soll in Zukunft einen neuen Stellenwert erhalten. Dieser Bereich ist identitätsstiftend und stellt ein wichtiges Mittelstands- und Tourismusförderprogramm dar. DIE LINKE setzt sich darum dafür ein, die Mittel für die Denkmalpflege zu erhöhen und ein eigenes Landesprogramm zu verabschieden. Im Mittelpunkt stehen neben der direkten Denkmalschutzmittel auch der Ausbau der personellen Ressourcen und der Forschungskapazitäten sowie die Schaffung eines Denkmalpflegezentrums auf dem Erfurter Petersberg.

Die vielfältige Museenlandschaft Thüringens gilt es zu erhalten. Gemeinsam mit dem Museumsverband will DIE LINKE langfristige Strategien nicht nur zum Erhalt des Status quo, sondern zur Erhöhung der Attraktivität und der Vielfalt entwickeln.

DIE LINKE will Orte der Erinnerung wie z.B. Point Alpha fördern, die die Teilung Deutschlands in der Epoche des Kalten Krieges vergegenwärtigen. Damit wollen wir einen Beitrag zur notwendigen Geschichtsaufarbeitung leisten. Notwendig ist hierbei, die Ursachen für die Entwicklung nach 1945 herauszuarbeiten und sie in den gesamteuropäischen Kontext des 20. Jahrhundert einzuordnen. Dies darf jedoch nicht zu einer Relativierung des geschehenen Unrechts, sowohl an der Grenze der DDR, als auch in ihrem Inneren führen. Beides gehört weiter aufgearbeitet. Hierfür bestehende Einrichtungen wollen wir fördern und unterstützen.

DIE LINKE setzt sich für verbindliche gesetzliche Regelungen zum Schutz von Kultureinrichtungen mit einem besonderen Bildungsauftrag ein, wie z.B. Bibliotheken, Musikschulen, Jugendkunstschulen. Ziel ist die langfristige Sicherung von qualitativen Standards und die Beseitigung sozialer Barrieren.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Erhalt und Neudefinition des öffentlich-rechtlichen Rundfunks!

Medienkommunikation und Information prägen unsere Wissenshorizonte, berühren Grundfragen demokratischer Beteiligung. Dazu sollen sie Aufklärung und Bildung fördern, Bürgerinnen und Bürger zur Beteiligung an politischen Entscheidungen befähigen und in Kontrollmöglichkeiten einbeziehen. Medien müssen der Gesellschaft und dem Individuum die Möglichkeit geben, sich vielstimmig zu artikulieren.

Die Aufgaben und der Stellenwert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sollen durch die Novellierung der MDR- und ARD-Rundfunkstaatsverträge neu definiert und der Medienstandort Thüringen gestärkt werden.

DIE LINKE setzt sich konsequent dafür ein, dass vorhandene Einsparpotenziale bei der Festsetzung neuer Rundfunkgebühren stärker berücksichtigt, Befreiungstatbestände sozial ausgestaltet sowie Mehrfachzahlungen von Rundfunk-Gebühren abgeschafft werden. Der Empfang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss für alle bezahlbar bleiben.

DIE LINKE wird sich ebenfalls dafür einsetzen, dass der Breitbandanschluss als Universaldienst der Telekom überall zur Verfügung steht und die digitale Spaltung der Gesellschaft vermieden wird.

DIE LINKE tritt für den Erhalt und die Entwicklung der Bürgermedien, d. h. offene Kanäle, nichtkommerzielle Anbieter sowie freie Radios und des Schulfunks ein. Sie sollen die Medienlandschaft in ihrer Vielfalt ergänzen.

Um Medienkompetenz zu entwickeln, muss es einen ungehinderten Zugang zum Internet in Hochschulen, Bibliotheken sowie in kommunalen Einrichtungen geben.

DIE LINKE setzt sich weiterhin für die Stärkung der demokratischen Kontrollmöglichkeiten der Medien durch Rundfunkräte, Redaktionsstatuten und Zuschauerbeiräte ein.

Die Ansiedlung von Film- und Fernsehmachern im Kinder- und Jugendbereich fördert DIE LINKE durch Produktionskostenzuschüsse, Bürgschaften für Kredite und Ausbildungsförderung für Künstler und Kulturmanager. Zudem setzt sie sich für einen Medienpreis für Kinder- und Jugendproduktionen ein, der auf dem Thüringer Mediensymposium verliehen wird.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Sportförderung ist Pflichtaufgabe!

DIE LINKE betrachtet Sport als hohes Kulturgut. Sport stellt eine Querschnittsaufgabe sowohl in der Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und Familienpolitik, der Kinder- und Jugendpolitik, aber auch in der Tourismus-, Wirtschafts- und Umweltpolitik dar.

DIE LINKE sieht das Ziel einer Sportförderung in Erhaltung und Fortentwicklung einer leistungsfähigen Sportinfrastruktur, die auch durch den Bund und die Länder gewährleistet werden muss. Sportangebote müssen sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Seniorinnen und Senioren garantiert werden. Dazu gehören die Ausbildung von Übungsleitern und -betreuern und die ständige Qualifizierung auch im Behinderten- und Rehabilitationssport. DIE LINKE betrachtet Sportförderung als Pflichtaufgabe der Kommunen.

Sportförderung umfasst den Breiten- und Spitzensport, den Nachwuchsleistungssport, die Sportwissenschaften und Sportmedizin.

DIE LINKE sieht in einer Erhöhung der Landesmittel für den Sportstättenbau einen zwingenden Weg zur Verbesserung der Sportstättensituation, besonders auch der Frei- und Hallenbäder. Wir setzen uns für eine Wiederauflage eines Programms zur Turnhallensanierung durch das Land ein. Mit Blick auf eine stabile und nachhaltige Finanzierung des Sports und seiner Organisationen soll mittelfristig über eine durch den Landeshaushalt festgelegte institutionelle Förderung, unabhängig von Lottoeinnahmen, diskutiert bzw. eingeführt werden.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für interreligiöse Kommunikation!

DIE LINKE nimmt die religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisse jedes Einzelnen ernst. Die Trennung von Kirche und Staat beinhaltet für die LINKE einen achtungsvollen Umgang und Respekt vor den Aufgaben der anderen. Dies gilt ausdrücklich auch für das Wirken der Kirchen im öffentlichen Raum. Dabei stehen Kooperation und Kommunikation im Vordergrund. Teil dieses gesellschaftlichen Austausches ist sowohl die Verständigung zwischen den Religionsgemeinschaften, als auch die Verständigung zwischen Religionen auf der einen und der großen Mehrheit der sich als nicht religiös verstehenden Thüringerinnen und Thüringer auf der anderen Seite.

DIE LINKE wird ihren aktiven Beitrag zur Ausgestaltung der Luther-Dekade bis zum 500. Jahrestag des Anschlags der 95 Thesen im Jahre 2017 leisten.

UNSER LEITPROJEKT: MENSCHENWÜRDIGE UND EXISTENZSICHERNDE ARBEITSPLÄTZE FÜR FRAUEN UND MÄNNER - THÜRINGENS WIRTSCHAFT STÄRKEN

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Sozialökologischer Umbau durch Innovationen in der Regionalwirtschaft!

Die Wirtschaftsstruktur ist kleinteilig, über 74 % der Thüringer Unternehmen haben weniger als 10 Beschäftigte, 95 % weniger als 50. Viele Menschen sind abgewandert oder pendeln zur Arbeit über Thüringer Grenzen hinaus oder haben sich selbstständig gemacht. Prekäre Beschäftigung hat große Ausmaße angenommen. Es besteht ein grundlegendes Defizit von

Existenz sichernden Arbeitsplätzen. Andererseits sind Firmen in zahlreichen Branchen wie die Solarenergie und Optik entstanden, denen eindeutig die Zukunft gehört. Thüringen bietet zudem gute Chancen, Vorreiter für ein nachhaltiges Wirtschaften zu werden.

Grundlegende Ziele LINKER Wirtschaftspolitik sind die Erhaltung und Schaffung Existenz sichernder Arbeitsplätze, ein sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft, einer sich selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt. Im Kern geht es um Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit, die Stärkung und Förderung regionaler Wertschöpfung und um die Erschließung von neuen Wirtschaftsfeldern und Zukunftsbranchen. Kurzfristige Potenziale zur Schaffung von Arbeitsplätzen liegen vor allem in den Bereichen Klimaschutz/Energie, in der kommunalen Daseinsvorsorge, in der Kultur und im Tourismus. Langfristige Potenziale sind vor allem in den wissens- und forschungsbasierten Bereichen zu sehen. Mit Wirtschaftswachstum allein kann jedoch das gesamtgesellschaftliche Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht gelöst werden.

DIE LINKE plädiert für eine generelle Bestandsaufnahme bei der Förderpolitik. So sollen alle bisherigen Förderprogramme auf ihre Wirksamkeit geprüft werden. Dazu sind Kriterien und Zielformulierungen zu entwickeln und alle Förderrichtlinien entsprechend zu überarbeiten und die Gesamtzahl der Programme ist zu reduzieren. Die im Jahr 2010 anstehende Evaluierung der EU-Programme ist zur Überprüfung der Ziele der operationellen Programme der EU zu nutzen und in Abstimmung mit den EU-Gremien sowie den regionalen Akteuren weiter zu qualifizieren. Darüber hinaus sind die Ressorts der Landesregierung und die von ihnen aufgelegten Förderprogramme stärker zu vernetzen, um ein besseres Zusammenwirken insbesondere bei komplexen Aufgaben mit dem Ziel von nachhaltigen Effekten zu erreichen. Die Ministerien sollen ein gleichstellungspolitisches Programm erarbeiten, das in allen Ressorts und Politikfeldern zur Verbesserung der Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft beiträgt.

DIE LINKE wird, um beschäftigungspolitische Effekte insbesondere durch die Förderung von Zukunftsbranchen, bei öffentlichen Dienstleistungen und der Infrastruktur zu erzielen, die Entstehung von Arbeitsplätzen fördern und um Mittelstand und Handwerk zu stärken, ein öffentlich finanziertes „Thüringer Zukunftsinvestitionsprogramm“ erarbeiten. Um Infrastrukturprojekte innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe stärker zu unterstützen und zu fördern, werden die Anteile der Förderung von Einzelbetrieben und Infrastruktur auf das Verhältnis 60:40 geändert.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Stärkere Förderung der einheimischen Unternehmen und des Handwerks!

Wir wollen die „Globalisierung regional gestalten“. Ein Schwerpunkt der Förderprogramme wird besonders die gezielte Förderung der einheimischen Wirtschaft und regionaler Wirtschaftskreisläufe sein. Priorität genießt bei der Wirtschaftspolitik die Förderung der ansässigen Potenziale. Konkret unterstützt wird in Zukunft auch die Entwicklung von Genossenschaften, um die gleichberechtigte Förderung von Unternehmen aller Eigentumsformen zu realisieren. Dazu wird ein Thüringer Genossenschaftsgesetz erarbeitet. Initiiert werden soll die Schaffung einer neuen Rechtsform „Kleine Genossenschaft“/„Wirtschaftlicher Verein“/„Kooperativgesellschaft“.

In Thüringen sollen kleine und mittlere Unternehmen und das einheimische Handwerk Vorfahrt haben. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung, sind bodenständig und regional verwurzelt. Wirtschaftsförderung ist stärker in Darlehensform zu gewähren. Die in Thüringen bisher durch die Landesregierung angekündigten bzw.

eingerrichteten Fonds zur Förderung von Zuschüssen und Darlehen für kleine und mittlere Unternehmen und das Handwerk sind deshalb in ihrem Volumen deutlich aufzustocken.

Zur Unterstützung der klein- und mittelständischen Unternehmen und des Handwerks wird DIE LINKE ein modernes „Mittelstandsfördergesetz“ vorlegen. Es soll u.a. die Zusammenarbeit und Vernetzung von zahlreichen Selbstständigen und Freien Berufen als Einzelunternehmen fördern und unterstützen. Zu berücksichtigen sind auch die spezifischen Probleme der kleinen und Kleinstunternehmen, wie Vertriebsstrukturen, Marketing/Werbung, Marktzugang und der Bedarf an Mikrodarlehen.

Unternehmen, die unverschuldet in Not geraten sind, sollen durch eine Taskforce im Wirtschaftsministerium, die mit den Kommunen eng verknüpft ist, Hilfe zur Selbsthilfe erhalten. Die Einrichtung eines Liquiditätsfonds und von Zins- und Darlehensmatorien werden geprüft.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Existenz sichernde Löhne anstatt Lohndumping!

DIE LINKE wendet sich gegen alle Formen der Niedriglohnbeschäftigung, wie z.B. Leiharbeit oder kostenloser Dauer-Praktika junger Absolventinnen und Absolventen. Um Lohndumping bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu vermeiden, ist die Einführung eines „Thüringer Mindestlohn- und Vergabegesetzes“ nötig. Bei der Einführung eines solchen Thüringer Mindestlohn- und Vergabegesetzes sind Anpassungsregelungen für klein- und mittelständische Unternehmen zwingend vorzunehmen. Im Mittelpunkt steht das Gebot, öffentliche Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die Tariflöhne und die Existenz sichernde Mindestlöhne nicht unter 8 Euro pro Stunde zahlen. Weitere Kriterien werden sein, dass es sich um Unternehmen handelt, die Menschen mit Behinderung einstellen, die überdurchschnittlich aus- und weiterbilden, die Chancengleichheit befördern und familienfreundlich sind. Darüber hinaus werden weitere soziale und ökologische Kriterien definiert. Das Gesetz soll auch den Rahmen für Anforderungen an planerische Leistungen z.B. betriebliche Energie sowie Regelungen zu Zahlungsmodalitäten bei öffentlichen Aufträgen einschließlich von Pfändungsrechten der Auftragnehmer enthalten. Eine ausgeweitete Vergabe über Losentscheid könnte die Vergab an Großunternehmen einschränken. Nachbesserungen zum „Forderungssicherungsgesetz“, welche mit Kammern und Verbänden sowie Gewerkschaften abgestimmt werden, soll durch eine Bundesratsinitiative vorbereitet werden.

Wir werden ein komplexes Programm „Thüringer Initiative für Bildung und Arbeit“ verabschieden. Es dient dazu, die Aus- und Weiterbildung zur Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfes als Bestandteil einer zukunftsorientierten Struktur- und Beschäftigungspolitik und der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit zu organisieren. Darüber hinaus befürwortet DIE LINKE eine bedarfsorientierte Erweiterung der Berufsakademien, die sich mit ihrer praxisnahen Ausbildung gut etabliert haben.

Von besonderer Bedeutung für DIE LINKE ist die weitere Ausgestaltung der Wirtschaftsdemokratie über die stärkere Beteiligung und Einbeziehung der Beschäftigten in die Geschäftspolitik der Unternehmen.

Um die Unterstützung ansiedlungswilliger Unternehmen effektiver und unbürokratischer zu gestalten, werden in Zusammenarbeit mit der Landesentwicklungsgesellschaft und den Kammern die Bestandspflege bestehender Unternehmen, Beratungs- und Coachingangebote für Existenzgründerinnen und Existenzgründer, die begleitende Betreuung von Ansiedlungen und Rückkehrerinitiativen forciert.

Die Thüringer Verwaltung auf Landes- und kommunaler Ebene muss sich wesentlich stärker als bisher auf ihre Servicefunktion gegenüber Investoren und Unternehmen orientieren. Dafür müssen Zuständigkeiten gebündelt, Investitionshemmnisse abgebaut und Verfahrensfragen auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Ziel der Anstrengungen ist der Aufbau einer serviceorientierten Verwaltung, die das Know How der Wirtschaftsförderung bündelt und Unternehmen problemlösungsorientiert (Qualifizierung, Markterschließung, Liquidität) zur Seite steht. In der Staatskanzlei soll „ein Obmann/eine Obfrau für Verwaltungsmodernisierung“ geschaffen werden, der oder die als Ansprechperson bei Bürokratiehemmnissen zur Verfügung steht sowie Anregungen zur Verwaltungsmodernisierung aufnimmt und in die Ressorts einspeist.

Die Partei DIE LINKE wird in Regierungsverantwortung eine Reihe Initiativen auf den Weg bringen, um für solche Verbesserungen zu streiten. Wir planen für diese Zeit mehrere Bundesratsinitiativen zu Existenz sichernden Mindestlöhnen, zur Sicherung des Lebensunterhalts, zur Stärkung der Kaufkraft, zur Einführung einer armutsfesten und Existenz sichernden sozialen Grundsicherung und zur Verteidigung von sozialen Rechten und Arbeitnehmerrechten sowie zur Stärkung von Betriebsräten und Gewerkschaften.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Mit Innovationen Arbeitsplätze schaffen!

Eines der wichtigsten Standbeine Thüringens ist der Bereich von Forschung und Technologie. Damit können innovative und nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen werden. Thüringen hat im Bereich der Forschung an Unternehmen deutlichen Nachholbedarf. Wir wollen darum ein Standortmarketing, das sowohl weiche als auch harte Standortfaktoren, wie z.B. Bildung, Kultur und Infrastruktur, umfasst. Voraussetzung dafür ist ein sozialökologischer Umbau unter Wahrung und Entwicklung kultureller Gegebenheiten. Wir wollen die Bündelung der Forschungsförderung. Kernstück ist ein ausgewogenes Verhältnis von Grundlagen- und angewandter Forschung, die Förderung von Zukunftstechnologiekonzepten (Energiewende, Informatik, Optik, Altersforschung, Medizintechnik usw.) und Branchenclustern. Die spezifische Förderung von Forschungs- und Entwicklungs-Strukturen in Clustern und Netzwerken wird als vorrangiges Ziel verfolgt. Dabei ist die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft wichtige Voraussetzung. DIE LINKE will, dass in Zukunft Unternehmen steuerliche Vergünstigungen für Investitionen in Forschung und Entwicklung erhalten. Ein Programm für technologieoffene Förderung von Kooperationen zwischen Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen soll aufgelegt werden. Technologie- und Gründerzentren werden durch das Land anteilig finanziert.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Neue Ansätze in der Arbeitsmarktförderung!

Auf der Grundlage eines Thüringer Landesarbeitsmarktprogramms soll der Ausbau von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge durch öffentlich finanzierte Beschäftigung, unter Nutzung der vorhandenen Förderinstrumente, zielgerichtet entwickelt werden. Wichtigste Kriterien dafür sind, die Maßnahmen müssen versicherungspflichtig und Existenz sichernd, freiwillig und langfristig - für Ältere unbefristet - sein. In Zusammenarbeit mit den Kommunen, Landkreisen und Freien Trägern sollen längerfristige (mindestens dreijährige) Arbeitsplätze geschaffen werden. Hierbei soll auf die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen geachtet werden.

Um neue, innovative Ansätze erproben zu können, ist die Förderung von Modellprojekten der aktiven Arbeitsmarktpolitik (z.B. Zentren der Neuen Arbeit) nötig. Um dabei finanzielle und inhaltliche Synergieeffekte in der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu erreichen, soll eine Rahmenvereinbarung mit der Bundesagentur für Arbeit abgeschlossen werden.

Von grundsätzlicher Bedeutung für DIE LINKE sind die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und die Stärkung der Betroffenen- und Erwerbsloseninitiativen, u.a. durch Wiedereinführung der Förderung von unabhängigen Beratungsstellen für Arbeitslose.

Wir werden das Gesamtsystem der Landesunternehmen einer generellen Aufgabenkritik bezüglich möglicher Aufgabendopplung und der jeweiligen Zielkriterien unterziehen. Daraus sollen klare Vereinbarungen und Ziele für ihr Agieren definiert werden. Gleichzeitig ist die Beteiligung des Landes an privaten Wirtschaftsunternehmen kritisch zu überprüfen. Der Beteiligungsbericht des Freistaats Thüringen ist zu erweitern und Ziele der Beteiligung, Aufgaben der Unternehmen, Umfang der staatlichen Förderung bzw. Unterstützung, geplante Dauer der Beteiligung sowie der Stand der Akquise privater Investoren sind darzustellen. Der Aufbau einer „Landesdienstleistungsgesellschaft“ ist zu prüfen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für einen ganzheitlichen Tourismus!

Der Tourismus in Thüringen hat für DIE LINKE eine besondere kulturelle, soziale, ökologische und wirtschaftliche Bedeutung. Wir werden uns für einen sozial gerechten, barrierefreien und ökologisch verantwortbaren Tourismus einsetzen. Dabei wollen wir konkret solche Projekte fördern, die attraktive bezahlbare touristische Angebote auch für sozial Schwache entwickeln und anbieten. Wir wollen den Kinder- und Jugendtourismus zielgerichtet in Thüringen ausbauen. Die Barrierefreiheit ist ein bedeutendes Qualitätskriterium und soll konsequent umgesetzt werden. Über Qualitätswettbewerbe soll die Familien- und Kinder- sowie Seniorenfreundlichkeit weitergeführt bzw. neu ausgerichtet werden. Wir wollen den Tourismus auch als einen wirtschaftlichen Pfeiler etablieren, denn dort liegt ein erhebliches, kurzfristig zu aktivierendes und nachhaltiges Arbeitsplatzpotential. Darum wird die Förderung in diesem Bereich finanziell und inhaltlich deutlich aufgewertet und neu ausgerichtet.

Tourismusschwerpunkte Thüringens sind neben der Initiative „Lust auf Natur“ in erster Linie die großen kulturellen und kunsthistorischen Güter des Landes. Alle Tourismusformen werden aufeinander abgestimmt und ein entsprechendes Gesamtprogramm wird umgesetzt. Dazu gehört für uns die touristische Vermarktung des Thüringer Waldes mit dem „Rennsteig“ als einzigartigem Urlaubsziel in Thüringen und der Ausbau des Städte- und Kulturtourismus. Die frühere Kleinstaaterei mit ihrer Vielfalt an Residenzen bietet einmalige Chancen zu einer Unverwechselbarkeit. Um dies zu erreichen, sollen mit Hilfe der Wirtschaftsförderung die Denkmalkapazitäten besser ausgestattet werden. Wir setzen uns aktiv ein für den Ausbau des Wintertourismus sowie die stärkere touristische Vermarktung von Wintersportevents und stehen für die weitere Entwicklung des Kur-, Gesundheits-, und Wellness-Tourismus. Unabdingbar bleiben auch ein Ausbau des touristischen Radwegenetzes und die ökologisch verantwortbare touristische Nutzung der Großschutzgebiete unter der Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“. Hier gilt es, die Umweltbildung zum Schwerpunkt zu machen und die Zusammenarbeit mit den angrenzenden Bundesländern zu vertiefen. Entscheidend ist auch die touristische Nutzung historischer Erinnerungsorte.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Raumordnung, Landesplanung und Stadtentwicklung an der Nachhaltigkeit orientieren!

DIE LINKE wird die Raumordnung und die Landesplanung unter Ausschöpfung der landesgesetzlichen Spielräume nach den Erfordernissen einer nachhaltigen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik novellieren. Schwerpunkte sind für uns dabei die Hervorhebung der erneuerbaren Energien als vorrangigem öffentlichen Belang, die Überwindung von Zersiedelungen und die Eindämmung des Flächenverbrauchs, aber auch die Berücksichtigung demografischer Faktoren. Ziel ist eine flächen- und umweltschonende sowie energie- und kostensparende Infrastruktur. In diesem Sinne sind auch die Vorhaben der

Stadtentwicklungsplanung zu gestalten. Ökologische Konzepte und vorhandene Sparten, wie das Kleingartenwesen, sind in ihrer Bedeutung zu stärken.

Mit den landespolitischen Kompetenzen für die Raumordnung sollen auch das Baurecht und das Kommunalrecht sowie die Ausbildungs- und Mittelstandsförderung hin zu einer ressourceneffizienten Wirtschaftsweise angepasst werden. Auch hier gilt es die Beteiligungsrechte von Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern sowie von Verbänden in den Planungsverfahren zu stärken und die Fristen angemessen zu gestalten.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Die Entwicklung ländlicher Räume stärken - Schonender Umgang mit Ressourcen!

Die Entwicklung der ländlichen Räume ist ein wichtiger Teil der Wirtschaftsentwicklung Thüringens und erfordert eine abgestimmte Strategie zwischen Wirtschaftsförderung, Tourismusentwicklung und Daseinsvorsorge. Das Ziel der Partei DIE LINKE ist es, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Thüringens zu erhalten, d.h. die Versorgung mit Gesundheitseinrichtungen, Bildungseinrichtungen (von der Kita bis zur Schule) Kultur und Mobilität, also öffentlichem Nahverkehr und Arbeitsplätzen. Wir setzen dabei auf regionale Initiativen mit vielfältigen Produktions- und Lebensstrukturen und werden die Förderprogramme gezielt dafür einsetzen.

Nachhaltige Politik muss einen schonenden Umgang mit Ressourcen zum Prinzip erheben. DIE LINKE gibt vor allem der Vermeidung von Abfall vor einer qualitativ hochwertigen Verwertung (Kreislaufwirtschaft) den Vorrang. Eine auf den Prinzipien der Nachhaltigkeit beruhende Abfallwirtschaft wird DIE LINKE befördern. Die weitere Flächenversiegelung soll gestoppt, die Nutzung von Altstandorten für Baumaßnahmen bevorzugt und die Erhaltung und Wiederherstellung der Bodenfruchtbarkeit in der Landwirtschaft gewährleistet werden.

Im Mittelpunkt soll auch der verstärkte Einsatz und die konsequente Nutzung bzw. Veredelung der in Thüringen zur Verfügung stehenden nachwachsenden Rohstoffe stehen.

DIE LINKE befürwortet ausschließlich einen umweltverträglichen Kalibergbau ohne Laugenversenkung und einer deutlichen Verringerung der Belastung der Werra mit lebensfeindlichen Kaliabwässern, einer optimalen Rohstoffausnutzung in den Lagerstätten und die Verbringung der Rückstandshalden unter Tage (bzw. Haldenabdeckung).

Naturgips soll in Zukunft – so weit möglich – durch Gips aus Entschwefelungsanlagen ersetzt werden und damit die einmalige Gipskarstlandschaft im Südharz erhalten werden.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Ressource Wasser - Für eine bezahlbare Wasserversorgung und Abwasserentsorgung!

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind Bestandteile der öffentlichen Daseinsvorsorge! Grundsätzlich fordert DIE LINKE sozial vertretbare Kommunalabgaben, umfassende Kostentransparenz, Einwohnerbeteiligung bei Investitionen in öffentliche Einrichtungen und die Konzentration der Aufgabenträger. Seit Jahren wird die Fördermittelbereitstellung für die Aufgabenträger der Wasserver- und Abwasserentsorgung zurückgefahren und soll mittelfristig eingestellt werden. Damit sind flächenmäßige Senkungen von Gebühren und Beiträgen nicht möglich.

DIE LINKE wird darum ausreichend Fördermittel für die Aufgabenträger zur Verfügung stellen, um bezahlbare Entgelte für Wasser und Abwasser in Thüringen einzuführen. Wir werden zum einen dafür sorgen, dass die Einwohnerinnen und Einwohner im ländlichen Raum nicht benachteiligt, und die örtlichen Gegebenheiten beachtet werden. Zum anderen ist es uns wichtig, und dass die Kommunen und örtlichen Aufgabenträger ihr Finanzierungssystem im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung eigenständig entscheiden und umsetzen. Die Aufgabenträger müssen die absolute Kostentransparenz gewährleisten und

nachweisen. Es wird eine umfassende Bürgerbeteiligung erfolgen und zur Pflicht gemacht, dass Verbraucherbeiräte eingeführt werden. Ziele sind der nachhaltige Ausbau und die Sicherung der ordnungsgemäßen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die Förderung ökologisch orientiertes Verbrauchsverhaltens und die Einführung eines verursachergerechten Abgabensystems.

Wir werden keine rückwirkende Erhebung von Beiträgen zulassen und ein ausgewogenes Verhältnis bei den Grundrechten in Bezug auf das Eigentum sowie eine ausgewogenes Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung herbeiführen. Durch eine zielgerichtete Förderpolitik und kritische Überarbeitung der Investitionsplanung können die Abwassergebühren sozial vertretbar gestaltet werden.

DIE LINKE wird verstärkte Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerqualität und des Grundwassers einleiten. Dabei soll Anschluss an Kläranlagen dort weiter gefördert werden, wo der Gewässerzustand es erforderlich macht. Die Aufhebung des Anschluss- und Benutzungszwanges ist in Einzelfällen zu ermöglichen.

Dem Wunsch auf Betreibung von Kleinkläranlagen durch Zweckverbände/Gemeinden zur Verbesserung der Gewässerstruktur soll stattgegeben werden. Nutzungskonflikten wird durch Flurneuordnung begegnet

Der Hochwasserschutz soll durch Entsiegelung, Renaturierung, Auenfreihaltung, Erhaltung und Verbesserung technischer Infrastruktur sowie eine flussgebietsbezogene Fachverwaltung erreicht werden. Die Sicherung örtlicher Trinkwasserangebote und die Zukunftssicherung bei der Fernwasserversorgung werden durch Effizienzsteigerung, ausreichende Werterhaltung, frühzeitige Planung der Ersatzwasserversorgung gewährleistet.

Im Bereich des Naturschutzes will DIE LINKE den Biotopverbund, vor allem zwischen den Großschutzgebieten, vorantreiben. So wird sich das Land Thüringen am Biosphärenreservat Südharz beteiligen. Die Attraktivität des Nationalparks und der Biosphärenreservate soll durch Umweltbildung deutlich gesteigert werden. In diesem Zusammenhang soll auch die Forschung in Schutzgebieten verbessert werden. Der Vertragsnaturschutz wird dort gewährt, wo keine landwirtschaftliche Nutzung möglich ist.

DIE LINKE wird eine Korrektur der Maßnahmen der Landesregierung bei den Umweltbehörden herbeiführen und sich für eine effiziente Umweltverwaltung einsetzen. Dazu zählen die Aufgabenanalyse und eine anschließende Ansiedelung der Aufgaben nach der Häufigkeit ihres Anfalls und der gebotenen Ortsnähe. Die Zusammenarbeit kommunaler Aufgabenträger u. a. auf der Ebene der regionalen Planungsgemeinschaften wird forciert und die Übertragung von Aufgaben des Landesverwaltungsamtes auf diese Strukturen vorgenommen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine zukunftsfähige Land- und Forstwirtschaft!

DIE LINKE erkennt die vielfältigen Eigentums- und Produktionsstrukturen – insbesondere der Agrargenossenschaften - in der Landwirtschaft Thüringens an und setzt sich dafür ein, dass die derzeitige flächenmäßige Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzung erhalten bleibt und insbesondere naturschutzfachlich wertvolle Flächen, wie z.B. Bergwiesen, erhalten bleiben. Dazu bedarf es einer Förderung und Umsetzung einer ökologisch verträglichen landwirtschaftlichen Produktion, bei der sowohl der Bedarf an Nahrungsmitteln, wie auch an Bioenergie abgedeckt wird, aber die Bioenergieproduktion nicht zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion geht. (Wichtig ist hier die Analyse der Potenziale und ein Masterplan für Thüringen). Schlüsselemente sind hierbei die Kreislaufwirtschaft, eine verstärkte Nutzung von Reststoffen und neue Strategien der Diversifizierung.

Agrarpolitik wird künftig mehr als traditionelle Landwirtschaftsförderung sein. Wir wollen die deutschen und europäischen Mittel der Agrarförderung, Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie der landwirtschaftlichen Rentenbank wollen wir mit Landesmitteln so verknüpfen, dass langfristige und wiederkehrende Investitionen im ländlichen Raum möglich sind. Das Dorferneuerungsprogramm und das Programm „Soziale Stadt“ sollen deshalb wesentlich stärker als bisher zur Strukturentwicklung des ländlichen Raums genutzt werden.

Aufbauend auf dem Fördergrundsatz der „integrierten ländlichen Entwicklung“ wollen wir diese Mittel als wirtschafts- und strukturpolitische Plattform nutzen, um mehr Investitionen für landwirtschaftliche Betriebe, Handwerk, Handel, Tourismus und Gewerbe auszulösen.

Wir wollen Anreize schaffen, um Menschen zu motivieren sich dauerhaft wieder im ländlichen Raum niederzulassen. Die Verknüpfung von ökologischer Landwirtschaft, nachhaltigem Tourismus und der Gesundheitswirtschaft insbesondere der Rehabilitationsmedizin werden Entwicklungsschwerpunkte.

Wir werden uns aktiv in die zielgerichtete Überarbeitung der EU-Agrarpolitik einbringen und für einen langfristigen Umbau der Agrarsubventionen und eine umweltverträgliche sowie sozial gerechte Landbewirtschaftung kämpfen.

Mit einem Waldanteil von 33 % an der Landesfläche gehört Thüringen zu den walddreichsten Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Unser Wald ist unverzichtbar für den Erhalt und Schutz der Tier- und Pflanzenarten sowie unseres Bodens und Wassers. Er dient als Klima-, Immissions-, Lärm- und Sichtschutz. Die Thüringer Wälder sind vor allem ein Erholungswald, den wir als ein wichtiges Element eines nachhaltigen und ökologischen Tourismus entwickeln wollen. Die Thüringer Wälder sollen auch künftig für alle Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen. Der Schutz und die Pflege des Waldes ist deshalb eine Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge.

DIE LINKE setzt sich für die weitere Ausdehnung der Waldfläche in Thüringen, den Erhalt des Staatlichen Forstbetriebs und die Beibehaltung des Einheitsforstamtes ein. Waldpflege, -umbau und -bewirtschaftung bergen großes Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Der Waldumbau hat zum Ziel, stabile, dem Klimawandel angepasste, naturnahe Mischwaldbestände aufzubauen, die ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten und stabile Erträge für die Forstwirtschaft bringen. Durch Flurneuordnung und Unterstützung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse soll eine Verbesserung der oft für eine effektive Bewirtschaftung zu kleinteiligen Flächenstruktur herbeigeführt werden. Der Zuwachs an Holz als wertvollem, innovativem Rohstoff für die heimische Industrie soll mit dem Ziel einer höchstmöglichen Veredelung einer optimalen Nutzung zugeführt werden. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, die Wälder in Thüringen nicht ihrer Multifunktionalität zu berauben und keine einseitige Bewirtschaftung zuzulassen.

Den Einsatz und die Verbreitung gentechnisch veränderter, transgener Organismen lehnen wir ab.

In der Tierhaltung wird auf eine artgerechte Haltung und Fütterung geachtet, die den Kriterien der Reduktion von Treibhausgasen, der Kreislaufwirtschaft und der Energiegewinnung gerecht wird. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, den Tierschutz auch gesetzlich zu stärken. Im Landwirtschaftsministerium wird eine Tierschutzbeauftragte oder ein Tierschutzbeauftragter eingerichtet, der mit administrativer Unterstützung Ansprechperson für Bürgerinnen und Bürger sowie die Verwaltung ist und Hinweise zur Verbesserung gibt. Initiativen zur Einführung eines Verbandsklagerechtes im Tierschutz auf Bundesebene werden im Bundesrat unterstützt.

Um den zukünftigen Herausforderungen der Land- und Forstwirtschaft begegnen zu können braucht es eine Stärkung der Agrarforschung und der landwirtschaftlichen Beratung.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine moderne Verkehrspolitik!

Das Bedürfnis der Menschen nach Mobilität wächst. DIE LINKE plädiert dafür, Verkehr zu vermeiden und Verkehr zu verlagern. Diesen Ansatz zu verfolgen und annehmbare Angebote zu unterbreiten, bedeutet, die Menschen mit ihren Wünschen und Vorstellungen mitzunehmen. Hierbei ist auch der demografische Wandel zu berücksichtigen. Bisherige Angebote sind dahin gehend zu prüfen, ob sie der alternden Gesellschaft gerecht werden, ohne dass dabei die Bedürfnisse von jungen Leuten zu vernachlässigen. Alle Verkehrsangebote sind barrierefrei anzubieten, ein diskriminierungsfreier Zugang zu allen Angeboten im Verkehr ist zu gewährleisten. Der Öffentliche Personennahverkehr hat Vorrang vor dem Individualverkehr und wird entsprechend gefördert.

Das vorhandene Schienennetz muss erhalten, gegebenenfalls sogar ausgebaut und eine Verknüpfung von Straßen- und Schienenpersonennahverkehr vorgenommen werden. Noch vorhandene Lücken sind zu schließen. Sozialverträgliche Tarife und die Förderung umweltfreundlicher Antriebssysteme spielen dabei eine zentrale Rolle.

Der Schienengüterverkehr erhält generell Vorrang, Anschlussgleise sind zu erhalten und zu reaktivieren und werden – wo möglich – Bedingung beim Neubau bei Industrieansiedlungen. DIE LINKE ist aus Klimaschutz- und Verkehrssicherheitsgründen konsequent für das Verbot von Long- und Gigalinern. DIE LINKE verfolgt die „Vision Zero“, d.h. Null Verkehrstote. Dazu fordern wir 0,0 Promille am Steuer und eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 km/h auf Autobahnen.

DIE LINKE ist gegen den weiteren Ausbau des Flughafens Erfurt, aber für die Erhaltung des technisch hohen Niveaus. Der Airport hat nur eine Zukunft beim Charter- und Frachtverkehr. Wir bekennen uns zum Flugplatz in Altenburg als Regionalflyghafen, dessen Landebahn auf das sicherheitstechnisch notwendige Niveau ausgebaut werden soll. Langfristig müssen in diesem Bereich jedoch die Weichen für eine mitteldeutsche Planung gestellt werden.

Im Straßenbau haben Instandsetzung und Instandhaltung Vorrang vor Neubau. Der Bau von Ortsumgehungen muss mit Verkehrsberuhigenden Maßnahmen an der bisherigen Streckenführung einhergehen. Bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen müssen für Thüringen zumindest die sächsischen Regelungen gelten, wonach Gemeinden selbst entscheiden können, ob und in welcher Höhe sie Beiträge erheben. Als mittelfristiges Ziel bleibt die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge unter Ersatz der Einnahmeausfälle für die Gemeinden.

UNSER LEITPROJEKT: ENERGIEOFFENSIVE UND ÖKOLOGISCHE AUSRICHTUNG DER WIRTSCHAFT

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für Alternativen in der Energiepolitik!

Der Klimawandel führt uns vor Augen, dass dem Schutz der Natur die höchste Priorität eingeräumt werden muss. Die Natur wird auch in Zukunft Basis für das Überleben der Menschen und für Lebensqualität sein. Die Monopolstrukturen im Energiesektor, die ursächlich für das Preisdiktat sind, erfordern ein Umsteuern in diesem Bereich, um auch sozialverträgliche Energiepreise zu gewährleisten. Die Energieproblematik ist somit zu einer zutiefst ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Frage geworden.

DIE LINKE wird in Thüringen mit einer Energieoffensive einen radikalen Wechsel in der Energiepolitik einleiten. Wir werden dazu einen Masterplan für ein „Energiesparkraftwerk Thüringen“ mit gezielten Energiespar- und Effizienzvorschlägen vorlegen. Langfristiges Ziel ist die dezentrale Energieerzeugung und Energieversorgung Thüringens durch einen Mix aus regenerativen Energien. Das Land besitzt ideale Voraussetzungen, sich mit Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Solartechnik, Holzreichtum und Geothermie zu einer Energieregion zu entwickeln. Thüringen soll also unabhängig von Energieimporten und Vorreiter dieser Entwicklung sowie ein Zentrum für Forschung, Entwicklung und Fertigung diesbezüglicher Produkte werden. In diesem Sektor schlummert zudem ein erhebliches Arbeitsplatzpotential, das geweckt werden muss.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für die Vergesellschaftung von Stromnetzen und Kraftwerken!

DIE LINKE setzt sich konsequent für den Ausstieg aus der Atomtechnologie ein. Ein Zurück hinter diese Festlegung wird es mit uns nicht geben.

Eine Schlüsselrolle im ökologischen Umbau kommt der Nutzung von regenerativen Energien zu. Weitere Bausteine sind die dezentrale Erzeugung und Verwertung von Energie und die Entwicklung und Produktion von Umwelttechnologien, insbesondere der Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungen bei der Strom- und Wärmeerzeugung. Um ein Ausbrechen aus der bisherigen Monopolstellung der deutschen Energiekonzerne zu befördern, hält DIE LINKE eine Vergesellschaftung von Stromnetzen und Kraftwerken für notwendig.

DIE LINKE wird ein Energiekonzept für das ganze Land Thüringen in Angriff nehmen. Dabei soll auf bereits vorhandene regionale und lokale Konzeptionen zurückgegriffen und diese sinnvoll eingebunden werden. Das Vorhaben soll landesweit den Bedarf, die Erzeugung und die Verteilung bzw. das Management (ein sogenanntes virtuelles Kraftwerk) zusammenführen. Dazu sollen auch verbesserte Wirkungsgrade bei der Kopplung von Strom- und Wärmeerzeugung erzielt werden. Für Unternehmen sollen, abhängig von ihrem Energiebedarf, optimale Gewerbe- und Industrieflächen angeboten werden können. In Abhängigkeit von regionalen Gegebenheiten sind verstärkt Eignungsräume (Energieatlas) für die Erzeugung regenerativer Energie und für den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungen auszuweisen. Zudem wird eine Landesenergieagentur gegründet, die die Koordinierung übernimmt.

DIE LINKE wird die Forschung im Bereich Energie in Zukunft massiv unterstützen. Insbesondere das zurzeit im Aufbau befindliche Energietechnische Zentrum Thüringen (EZT) an der TU Ilmenau birgt enormes Potential und soll zum Kompetenzzentrum für ganz Thüringen entwickelt werden. DIE LINKE wird das EZT mit einer Sonderförderung bezuschussen.

Um die Energieoffensive zu befördern wird DIE LINKE ein öffentliches Landesprogramm verabschieden, welches Energie-Projekte von Städten, Gemeinden, Unternehmen und regionalen Initiativen fördert. Mit der Solartechnik und den damit befassten Thüringer Firmen sind einmalige Chancen verbunden zu einem „Dächer-Programm“, also der verstärkten Nutzung der Solarenergie.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Reserven erschließen und ökologisches Handeln belohnen!

Ein Schlüssel zur nachhaltigen Energieversorgung der Zukunft ist der sparsame Umgang mit Energie, wobei der Entwicklung von effizienten Wärmedämm- und Energieeffizienzsystemen

im Gebäudebereich, sowie der Nutzung energiesparender Geräte und Anlagen große Bedeutung beigemessen werden muss. Bei Neubauten sollen mittelfristig Null-Emissionshäuser angestrebt werden. Vorhandene Gebäude sollen in ihrer Energieeffizienz deutlich verbessert werden. Für Eigentümer mit geringer Finanzkraft plädiert DIE LINKE für die Möglichkeiten des so genannten Contractings, also der Vorfinanzierung durch Dritte (z.B. die Thüringer Aufbaubank) und die Tilgung der Investitionskosten aus den eingesparten Energiekosten.

Zudem setzte sich DIE LINKE für die Einführung eines Anreizsystems ein, welches ökologisch verträgliches Handeln und Energiesparen finanziell belohnt, ökologische Belastungen verursachendes Handeln dagegen deutlich höher besteuert.

Die Thüringer Stadtwerke unterstützen wir als wichtige Zentren kommunalen Wirtschaftens. Der Focus ihrer Energieerzeugung ist dabei in erster Linie auf Kraft-Wärme-Kopplung zu richten.

Die Verkehrs-, Struktur- und Regionalplanung werden zusammengeführt. Zudem wird der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) neu an den Notwendigkeiten von Ökologie und den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden. Weiterhin sind Maßnahmen zum deutlichen Abbau des Schadstoffausstoßes von Fahrzeugen bzw. zur Umrüstung auf alternative Antriebsmöglichkeiten konsequent zu fördern.

DIE LINKE bleibt, so lange keine Notwendigkeit überzeugend nachgewiesen ist, bei ihrem Nein zur geplanten 380-KV-Stromtrasse des Vattenfall-Konzerns durch den Thüringer Wald.

DIE LINKE spricht sich für die Nutzung der Windkraft aus. Entsprechende Anlagen dürfen jedoch nur unter Berücksichtigung der Belange von Natur und Mensch errichtet werden und müssen im Einklang mit Ökologie, Effizienz und Ästhetik stehen.

UNSER LEITPROJEKT: MEHR DIREKTE DEMOKRATIE UND BÜRGERBETEILIGUNG!

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Demokratische Erfahrungen neu beleben!

Wir wollen mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung, damit Thüringerinnen und Thüringer neu erfahren: politisches Engagement lohnt sich, Veränderung ist möglich, Gestaltung vor Ort wird durch eigenes Einbringen Realität.

Mit den Bürgerinnen und Bürgern will DIE LINKE gemeinsam realistische und nachhaltige Politikkonzepte entwickeln und Schritt für Schritt umsetzen.

Verantwortung auf allen Ebenen wird nicht mehr nach Parteibuch, sondern nach Kompetenz und Erfahrung vergeben. Von grundsätzlicher Bedeutung dabei ist die enge Abstimmung mit den Vereinen und Verbänden, mit Vertretungskörperschaften und Betroffenen-Initiativen. Bürgerinitiativen soll öffentlich Gehör verschafft, Wege zur Einbringung von Volksinitiativen im Landtag sollen erleichtert und Möglichkeiten von Volksentscheiden erweitert werden.

Mit ihrem Engagement in zahlreichen Bürgerinitiativen beweisen die Thüringerinnen und Thüringer, wie wichtig ihnen demokratische Teilhabe ist. Sie stärken so die repräsentative Demokratie.

DIE LINKE setzt sich für die Senkung der Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf Landes- und auf kommunaler Ebene ein. Mögliche Themenkataloge sollen auch auf

haushaltsrelevante Sachverhalte erweitert und diese zur Abstimmung zugelassen werden. Dabei soll der Bürgerentscheid in einen Einwohnerentscheid umgewandelt werden, an dem sich auch junge Menschen und Migranten ab 14 Jahre beteiligen dürfen. Auf Bundes- und Landesebene wird sich DIE LINKE einsetzen für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Menschen aus Nicht-EU-Ländern und junge Menschen ab 16 Jahre.

In diesem Sinne sind Demokratie und Bürgerengagement auch Bestandteile im Kampf gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus. DIE LINKE tritt dafür ein, ein solches Bekenntnis gegen Nationalsozialismus und Neofaschismus in die Verfassung aufzunehmen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Die Kommunen stärken!

Die Kommunen sind für DIE LINKE das Fundament einer demokratischen und sozialen Gesellschaft. DIE LINKE sieht in der Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung, durch eine stärkere Stellung der Kommunen im bundesdeutschen System, einen Weg zur Sicherung des Lebens- und Arbeitsstandortes Thüringen.

LINKE Kommunalpolitik sichert die Transparenz und die Öffentlichkeit kommunaler Entscheidungen. Für uns gilt das Konzept „Gläsernes Rathaus“. Mehr Demokratie ist für uns eine Voraussetzung für die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung. Für die kommunalen Problemfelder erarbeiten wir gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern alternative Lösungsvorschläge.

Wir suchen das Bündnis mit selbst organisierten Interessenvertretungen und den sozialen Bewegungen der Bevölkerung.

Die Thüringer Kommunen brauchen eine bedarfsgerechte Finanzausstattung. Der kommunale Finanzausgleich muss aus Sicht der LINKEN die Steuerschwäche der Kommunen tatsächlich ausgleichen. Um die Menschen unmittelbar an der kommunalen Haushaltspolitik zu beteiligen, plädieren wir für das Instrument des Bürgerhaushaltes. Das kommunale Eigentum, das zur Wahrnehmung der kommunalen Aufgaben notwendig ist, muss erhalten und ausgebaut werden. Jede Privatisierung schwächt die Kommunen.

Eine wesentliche Säule kommunaler Selbstverwaltung ist für uns die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen. Diese ist auszubauen, weil nur so die Aufgaben der Daseinsvorsorge im Interesse der Menschen bedarfsgerecht realisiert werden können. DIE LINKE wird eine Neuordnung des Gemeindefinanzrechts vornehmen, um die Gleichstellung kommunaler Wirtschaftsunternehmen am Markt zu sichern.

Die Verwaltungs- und Gebietsstrukturen in Thüringen müssen sich an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger ausrichten. Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung der gemeindlichen Ebene. Zweckverbandsstrukturen auf kommunaler Ebene sollen stärkerer Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger und Mitbestimmung durch die Kommunalparlamente unterliegen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Verwaltung bürgernah und effizient gestalten!

Die Verwaltungs- und Gebietsstrukturen in Thüringen müssen sich an den Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner ausrichten. Im Mittelpunkt stehen dabei für DIE LINKE die Stärkung der gemeindlichen Ebene und der kommunalen Demokratie.

Der bisherige dreistufige Verwaltungsaufbau in Thüringen muss aus unserer Sicht schrittweise in die Zweistufigkeit überführt werden. Hierzu sind die über 70 staatlichen Mittelbehörden im Regelfall aufzulösen. Deren Aufgaben und das Personal sind auf die kommunale Ebene zu übertragen. Die dadurch entstehenden Kosten müssen den Kommunen erstattet werden. Durch die Kommunalisierung wird erstmalig ein Großteil der Aufgabenerledigung einer tatsächlichen demokratischen Kontrolle und Steuerung unterzogen. Die weitere Aufgabenübertragung kann nicht in die derzeit bestehende kommunale

Verwaltungs- und Gebietsstruktur erfolgen, weil diese zu kleingliedrig ist. Das Leben findet für die Einwohnerinnen und Einwohner vorrangig in den Gemeinden statt. Ihren berechtigten Anspruch, dass alle kommunalen Angelegenheiten konzentriert durch die Städte und Gemeinden wahrgenommen werden, wollen wir realisieren. Deshalb sind leistungsfähige und bürgerorientierte Gemeindestrukturen notwendig. Nur so lassen sich solche Projekte, wie die Bürgerkommune oder der Bürgerhaushalt, in der Praxis umsetzen. Leistungsstarke Gemeinden sind auch eine Voraussetzung für mehr kommunale Demokratie und Bürgermitwirkung. Die Bürgernähe wird dadurch gesichert, dass in allen Gemeinden Bürgerservicebüros eingerichtet werden. Hier können die Einwohnerinnen und Einwohner alle Angelegenheiten erledigen, auch die, für die andere Behörden zuständig sind. Die bisherigen Landkreise können dann, in einem weiteren Schritt, in Regionalkreise umgewandelt werden. Diese Regionalkreise nehmen nur noch Aufgaben von überörtlicher Bedeutung wahr. Eine Unterscheidung zwischen kreisfreien und kreisangehörigen Städten und Gemeinden ist unter diesen Bedingungen nicht mehr erforderlich. Die bisherigen Verwaltungsgemeinschaften sollten nur noch im Ausnahmefall fortbestehen. Durch Änderungen im Kommunalwahlrecht wird DIE LINKE sichern, dass bei der Wahl der Kreistage die regionale Verankerung gesichert bleibt. Die in Thüringen bestehenden Planungsregionen sind eine Struktur, die als Grundlage für das Regionalkreismodell dienen kann.

Freiwillige Strukturveränderungen wird DIE LINKE in einer mittelfristigen Übergangsphase besonders fördern.

Alle Strukturveränderungen werden im Dialog mit den Einwohnerinnen und Einwohnern vollzogen. Deshalb sind die Neugliederungsmaßnahmen durch Einwohnerentscheide zu bestätigen. Für die anstehenden Reformen soll eine umfassende Beteiligung und Mitwirkung aller betroffenen Beschäftigten sowie Beamtinnen und Beamten durch die Ausweitung des Thüringer Personalvertretungsrechtes gesichert werden.

Ziel der Thüringer LINKEN ist die Schaffung eines modernen einheitlichen Arbeits- und Dienstrechtes. Eine LINKE Landesregierung tritt für die Stärkung der Europafähigkeit der Verwaltungen durch Ausbau der Sprachkompetenz und internationale Austauschmaßnahmen ein.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Bürgernahe Rechts- und Justizpolitik gestalten!

Ziel LINKER Rechts- und Justizpolitik ist die Stärkung und Gewährleistung sozialer Gerechtigkeit sowie eine demokratische und solidarische Zivilgesellschaft, in die sich Bürgerinnen und Bürger aktiv einbringen. Deshalb soll der Thüringer Justiz mehr Eigenverantwortung zugewiesen werden, und zwar in konsequenter Stärkung der Selbstverwaltung der Justiz. Der Thüringer Justiz ist eine Stellung zu verschaffen, die ihr nach dem Gewaltenteilungsprinzip dem Grunde nach zugewiesen ist. Dem dient auch die weitere Demokratisierung und der Ausbau der Unabhängigkeit und Selbstverwaltung der Thüringer Justiz, verbunden mit der verstärkten Ausgestaltung politischer und sozialer Grund- und Bürgerrechte.

Zugleich sollen das Zusammenspiel zwischen Gerichten, Staatsanwaltschaften und der Polizei deutlich verbessert und Verfahren beschleunigt werden.

Für LINKE Rechtspolitik steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen und Rechten im Bereich der Gesetzgebung im Mittelpunkt. Gesetzestexte, Verfahrensläufe, Urteile und Bescheide müssen für Bürgerinnen und Bürger verständlich und nachvollziehbar sein. Im einzufordernden Prozess der Demokratisierung sieht DIE LINKE ein Wechselverhältnis in der Entwicklung des Sozial- und Rechtsstaates. Grundsatz LINKER Rechtspolitik ist der Schutz der Benachteiligten in der Gesellschaft.

Da DIE LINKE die Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter als unabdingbar und unbeschränkt ansieht, unterstützt sie ausdrücklich die Stärkung der Gerichte in Budgetfragen. Staatsanwaltschaften müssen von politischer Einflussnahme auf ihre Ermittlungstätigkeit frei sein.

Die Durchsetzung des Rechts ist durch eine ausreichende Anzahl von Richterinnen und Richtern, durch eine gute ausgestattete und ausgebildete Justiz sowie durch die Stärkung der Verfahrensrechte der Bürgerinnen und Bürger im Sinne von Transparenz in Thüringen zu sichern. Widerspruchsrechte sind ohne Kostenfolgen zu gewährleisten. Alle Versuche, die Wahrnehmung von Rechtsschutz durch finanzielle Hürden zu erschweren, werden zurückgewiesen. DIE LINKE lehnt auch Einschränkungen bei der Prozesskostenhilfe und der Beratungshilfe ab.

DIE LINKE will einen modernen Strafvollzug, der konsequent an Erfordernissen der Sozialisierung und Resozialisierung ausgerichtet ist. Nur eine wirksame und langfristige erfolgreiche (Re-) Sozialisierung von straffällig gewordenen Menschen, insbesondere Jugendlichen, bringt den Menschen und damit der Gesellschaft nachhaltige Sicherheit.

DIE LINKE wird das Thüringer Jugendstrafvollzugsgesetz novellieren, um dem Erziehungsgedanken konsequent Rechnung zu tragen.

In den Vollzugseinrichtungen sind die Arbeitsbedingungen für die Bediensteten und die Unterbringungsbedingungen sowie die ärztliche Versorgung der Strafgefangenen zu verbessern.

Zur stärkeren Transparenz und politischen Akzeptanz schlägt DIE LINKE vor, in allen öffentlichen Verwaltungen Antikorruptionsbeauftragte mit Kontrollrechten einzusetzen.

Und DIE LINKE lehnt jede Privatisierung von hoheitlichen Aufgaben ab.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus!

Eine zukünftige Landesregierung unter Beteiligung der LINKEN wird sich eindeutig und aktiv zum Kampf gegen den Rechtsextremismus bekennen. Sie wird Partner gesellschaftlicher Akteure sein und ein Klima der gegenseitigen Wertschätzung und Akzeptanz schaffen.

Rechtsextreme Organisationen, Aktivitäten und Einstellungen gefährden Demokratie und Freiheit. Thüringen belegt inzwischen im Ländervergleich bei rechtsextremen Gewalttaten den dritten Platz, die Mitgliederzahlen der NPD in Thüringen steigen, damit geht eine aggressive Aktivierung der Anhängerschaft einher.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist in Thüringen in vielen Städten und Orten verankert. Eine nachhaltige, strukturelle und durchdachte Strategie seitens der staatlichen Verantwortungsträger fehlt jedoch. Deshalb fordert die DIE LINKE ein Landesprogramm für Demokratie und Vielfalt. Es soll die Situation des Rechtsextremismus in Thüringen analysieren sowie staatliche und zivilgesellschaftliche Aktivitäten ebenso wie Demokratieentwicklung und Geschichtsforschung mit Zuschüssen und Förderungen unterstützen.

Staatliche Maßnahmen und gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus müssen im Gleichklang erfolgen. Wir setzen uns für ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD ein.

Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz hat sich als untauglich in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erwiesen. Mit fragwürdigen Methoden werden Informationen gewonnen, die anschließend weder öffentlich noch gegenüber anderen Behörden sinnvoll eingesetzt werden. Mehrfach unterrichtete der Verfassungsschutz

Polizeibehörden nicht über bevorstehende Neonaziveranstaltungen und provozierte so für die Beamten unklare und gefährliche Einsätze.

Deshalb will DIE LINKE, als Ersatz für das Landesamt für Verfassungsschutz die Erledigung derartiger Aufgaben durch ein Dokumentationszentrum für Menschen- und Grundrechte übernehmen lassen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Gegen Datenmissbrauch und für eine aktive Sicherheitspolitik!

DIE LINKE setzt sich konsequent für wirksamen Datenschutz ein, für klare Regelungen in der Überwachung und gegen die Ausforschung der Bürgerinnen und Bürger. Eingriffe in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger dürfen nur in engen und scharf kontrollierten Grenzen im Rahmen der Gesetze erfolgen. Das gilt auch und besonders im Bereich der Arbeitsagenturen, Finanzämter und Sozialbehörden. Dem Drang der Privatwirtschaft nach immer genaueren Profilen von Kunden und Nutzern sind Grenzen zu setzen. Die LINKE setzt sich für ein Verbot des Handels mit persönlichen Daten ein.

Rechte und Möglichkeiten des Datenschutzbeauftragten können verbessert werden. Ihm wird ein Vorbehalt bei der Errichtung datenschutzrechtlicher Einrichtungen eingeräumt. Das Sicherheitsüberprüfungsgesetz gehört auf den Prüfstand. Dort geregelte weit reichende Ausforschungsmöglichkeiten des Staates im persönlichen Umfeld von Arbeitnehmern sollen eingeschränkt werden. Wir werden auch ein modernes Informationsfreiheitsgesetz mit umfassenden Auskunftsrechten, nur wenigen Einschränkungen und entgeltfreier Auskunft erarbeiten.

DIE LINKE tritt für eine ursachenbezogene und lösungsorientierte Sicherheitspolitik ein. Polizeipolitik soll bürgerrechtsorientiert und nicht vollzugsorientiert sein. Durch adäquate Flächenstruktur der Polizeiinspektionen und mehr Kontaktbereichsbeamte soll der Vor-Ort-Bezug gestärkt werden. Basisdienststellen sind das A und O einer bürgernahen Polizei und probates Mittel zur effektiven Kriminalitätsbekämpfung und zum Abbau von Sicherheitsängsten. Die LINKE fordert mehr Polizisten im Streifendienst und nicht immer mehr leblose Überwachungstechnik. Thüringen muss seine Ausbildungszahlen bei der Polizei erhöhen und den Dienst attraktiver machen. Polizisten müssen zur Wahrung staatlicher Hoheitsaufgaben gut ausgebildet, ausgestattet, gut bezahlt und motiviert sein. Hemmnisse und Fehlentwicklungen müssen behoben werden. Interne Kontrolle versagte an vielen Stellen. Bürger haben ein hohes Vertrauen in die Polizei. Eine Polizeibeswerdestelle könnte den angestrebten Wandel im Selbstbild der Polizei befördern. Wo eine derartige Kommission arbeitete (z.B. Großbritannien) hat sich die Zufriedenheit der Bürger mit der Polizei als auch die der Beamten selbst deutlich erhöht. Zudem fordert DIE LINKE die anonymisierte Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten in geschlossenen Einsätzen.

Zur Erhöhung des Eigenschutzes der Polizeibeamten, um Einsatzlagen sicherer zu bestreiten, gefundene Waffen schnell und eindeutig zuzuordnen und die Kontrolle des Waffenbesitzes zu vereinfachen bzw. zu vereinheitlichen bleibt DIE LINKE bei ihrer Forderung nach einem zentralen Waffenregister.

Eine notwendige Polizeistrukturereform muss im Rahmen der Umsetzung der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform gemeinsam mit Betroffenen erarbeitet und umgesetzt werden. Bei einer künftigen Polizeistruktur orientiert sich DIE LINKE an den Kriterien von Polizei- und Verwaltungsaufgaben. Mit dem Prinzip der Einräumigkeit der Verwaltung werden Schnittstellen verringert und Organisationsabläufe optimiert. Ziel sind Abbau der Verwaltungsarbeit im Polizeidienst und Stärkung der eigentlichen Polizeiarbeit, die qualitativen neuen Anforderungen gewachsen sein muss.

Das verfassungswidrige Polizeiaufgabengesetz und das Thüringer Verfassungsschutzgesetz werden durch DIE LINKE so novelliert, dass die Grundrechte der Bürger nicht

unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Ziel ist ein wirksamer Rechtsschutz, der insbesondere Eingriffe in Grundrechte ohne richterliche Genehmigung verbietet und die Betroffenen nach Beendigung entsprechende Eingriffe über die Maßnahmen so informiert werden, dass sie die Maßnahme auch nachträglich gerichtlich überprüfen können.

DIE LINKE setzt sich weiterhin für einen flächendeckenden Brand- und Katastrophenschutz und für die Stärkung der Freiwilligen Feuerwehren ein. Gemeinsam mit den Betroffenen sollen personelle und strukturelle Neuausrichtungen der Feuerwehren diskutiert und umgesetzt werden.

Ein entsprechendes Maßnahmenpaket muss vor allem die durch den demografischen Wandel und arbeitsbedingte Abwanderung insbesondere im ländlichen Raum zu Problemen führenden Rahmenbedingungen korrigieren, Anreize zum Engagement in den Feuerwehren schaffen und Ausgleichsmaßnahmen wie einen wirksamen Versicherungsschutz oder den Ausgleich von Arbeitszeit für den ehrenamtlichen Einsatz enthalten.

DIE LINKE wird sich für eine bessere Zusammenarbeit der Behörden im Bereich der Gefahrenabwehr einsetzen und die Zusammenführung des Rettungsdienstgesetzes und des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes prüfen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Thüringen braucht mehr Menschen und Zuwanderung!

Thüringen war immer und ist ein weltoffenes Land, lebt und profitiert vom demografischen Zuzug. Darum ist eine Neuprofilierung der Integrationspolitik notwendig. Zudem fördert eine Politik der Integration von Migrantinnen und Migranten die Bekämpfung rechtsextremer Tendenzen und rassistischer Einstellungen in der Bevölkerung.

Darum wird DIE LINKE sich weiterhin für die uneingeschränkte Gleichstellung der in Thüringen lebenden Migrantinnen und Migranten einsetzen. DIE LINKE fordert darum, die Abschaffung der Residenzpflicht für Asylsuchende, die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen bzw. Wohnformen des individuell betreuten Wohnens, die Leistungsgewährung nach Asylbewerberleistungsgesetz in Form von Bargeld, die Förderung eines landesweiten Beratungsnetzwerkes für Flüchtlinge und einen Maßnahmenkatalog für die Integration von Migrantinnen und Migranten in Thüringen.

Dazu setzt eine LINKE Landesregierung eine Integrationsbeauftragte mit Vortragsrecht beim Ministerpräsidenten, im Kabinett und im Thüringer Landtag ein. Sie soll insbesondere wirtschaftliche, soziale und politische Benachteiligungen abbauen und dazu landesweite Netzwerke, Kommunen und Ressorts beraten. Damit sichert eine Landesregierung, dass engagierte Einbringen und die Akzeptanz von Spätaussiedlern und Zuzüglern, denn wir brauchen ihr Engagement, ihre Partizipation für ein weltoffenes und tolerantes Thüringen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Frieden fängt vor der Haustür an – Thüringen sagt Nein zu Krieg und Gewalt!

Die LINKE ist eine Antikriegspartei. Als solche nimmt sie auch in Bundesländern und Kommunen ihre Verantwortung für eine aktive Friedenspolitik wahr. Krieg und Gewalt dürfen kein Mittel zur Lösung politischer Konflikte sein. Es gibt andere Sicherheitskonzepte, es gibt eine andere politische Kultur. Kinder wachsen in einer zunehmend militarisierten Welt auf. Sie kennen Krieg aus Medien, aus Spielen. Wir halten es für eine notwendige Aufgabe, die Lehr- und Unterrichtsplanung und den Gehalt des Unterrichtes unter dem Aspekt der Friedenserziehung sowie des „Einer-Welt-Gedankens“ zu verstärken. Antimilitarismus und friedliche Konfliktlösung gehören in Erziehungs- und Lehrpläne. Kriegsspielzeug hat nichts in Kindergärten und Schulen verloren. Kinder und Jugendliche dürfen nicht unkritisch mit Armeen und Waffen konfrontiert werden. Zurschaustellung von Kriegsgerät in Ausstellungen und bei öffentlichen Anlässen muss aufhören. Der Missbrauch von Waffen muss geächtet

werden. Jugendliche und Heranwachsende müssen sich eine eigene Meinung zum Wehrdienst und zum Berufssoldatentum bilden können. Unkritische Werbung für diese in Schule und durch Arbeitsagenturen sowie die Verharmlosung von Krieg und Gewalt in den Medien lehnen wir ab. Auch Universitäten müssen Verantwortung übernehmen. Forschung für und Drittmittelannahme durch Rüstungskonzerne lehnen wir ab.

DIE LINKE setzt sich zudem als Friedenspartei konsequent für die Konversion, d. h. die Umwidmung bisher militärisch genutzter Flächen, Standorte und Unternehmen für zivile Zwecke ein.

Militärische Nutzbarkeit und Missbrauch ziviler Forschung muss für die zukünftige Wissenschaftlergeneration wieder Thema werden.

Wir sehen die Bundeswehrangehörigen und ihre Familien jedoch auch als Teil der Gesellschaft. Standorte sind verflochten mit der strukturellen und infrastrukturellen Entwicklung von Kommunen. Dort wo Militär- und Rüstungsgüter in Thüringen produziert werden, werden wir uns zusammen mit Wissenschaft, Arbeitnehmervertretungen und Wirtschaft dafür einsetzen, Alternativen zur Rüstungsproduktion zu entwickeln. Thüringen setzt sich im Bund für die Rücknahme der Stellen für zivil-militärische Zusammenarbeit auf Kreisebene ein. Thüringen sollte verstärkt auf Städtepartnerschaften mit Ländern außerhalb der Industrienationen setzen, um einen Austausch über Krisen- und Kriegsursachen und deren Bekämpfung im globalen Maßstab in der Bürgerschaft zu ermöglichen.

Zum zivilgesellschaftlichen Leben im Friedensland Thüringen gehört die ungehinderte Tätigkeit von Friedensgruppen, Institutionen und auf die Verbreitung des Friedensgedankens gerichteter Bewegungen auf lokaler und Landesebene: So z. B. die Ostermarschbewegung (wie gegen die Weiterführung des Truppenübungsplatzes Ohrdruf), überparteiliche Friedenskreise in Kreisen und Städten, Zusammenschlüsse junger Friedensbewegter, die kirchliche Friedensarbeit. DIE LINKE sieht sich als Teil der Friedensbewegung.

Für DIE LINKE ist Landespolitik auch Friedenspolitik. Mit einem Rüstungsatlas können Bürgerinnen und Bürger über rüstungsrelevante Forschung und Produktion informiert werden. Da die gegenwärtig auf Militarisierung und Auslandseinsätze der Bundeswehr gerichtete Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik die Sicherheit und die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land Thüringen in direkter Weise beeinflusst, setzen wir uns dafür ein, dass auch Landtag und Landesregierung als gewählte Organe des Freistaates Thüringen ihren Einfluss im Bund und insbesondere auch im Bundesrat im Interesse ihrer Bürger geltend machen, um eine Änderung der Außenpolitik der Bundesrepublik im Sinne von Frieden und Gewaltfreiheit zu erreichen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Thüringen im Bund, in Europa und international wirksamer vertreten!

In Fragen des Föderalismus und der Vertretung Thüringens im Bundesrat sowie in den Bundesländer-Beziehungen treten wir dafür ein, die Parlamente der Länder gegenüber den Landesregierungen zu stärken.

Die Europäische Union kann ein demokratisches Erfolgsmodell zur Friedenswahrung und Wohlstandsteilhabe sein, bedarf aber dringend der sozialstaatlichen und direktdemokratischen Ausgestaltung. Thüringen setzt sich als östliches Bundesland für die gleichberechtigte Teilhabe der neuen EU-Mitgliedsstaaten ein.

Die Brüsseler Vertretung wird als Frühwarnsystem zur Beeinflussung europäischer Politik im Interesse der Länder und Regionen gestärkt und in europäischen Netzwerken deren Durchsetzungskraft erhöht. Dies gilt insbesondere für eine starke Vertretung im Ausschuss der Regionen. Die öffentliche Akzeptanz des Gremiums soll insbesondere in Rechtssetzungsverfahren gegenüber der Kommission zur Einflussnahme der Länder und Regionen erhöht werden. Vor allem die EU-Strukturfonds müssen stärker auf den Bedarf der Regionen ausgerichtet werden.

Die wirksame Vertretung der Interessen des Freistaates auf Bundes- und Europaebene wird durch interregionale Zusammenarbeit ergänzt. Dazu wird die Landesregierung die Partnerschaften mit Litauen und Polen, mit Ungarn und den französischen Partnerregionen vertiefen. Aus Mitteln des Wettspielbetriebes sowie von Lotterien sollen Städte- und Schulpartnerschaften, internationale Austauschprogramme von Kindern und Jugendlichen sowie Projektkooperationen mit Regionen in Asien, Afrika und Lateinamerika gefördert werden. Damit will DIE LINKE auch ihrer globalen Verantwortung für die Durchsetzung von Menschenrechten und die Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundprinzipien in Partnerländern gerecht werden. Solidarität und Internationalismus sind notwendig, um die Netzwerke kollektiver Arbeit weltweit zu stärken und Brücken für das Zusammenleben zu bauen. Die Erfahrungen aus internationalen Kooperationen wirken in den Erfahrungshorizont von Bürgerinnen und Bürgern in Thüringen zurück, stärken das Engagement und die Zivilgesellschaft sowie das Problembewusstsein für Verantwortung in der einen gemeinsamen Welt.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Für eine gerechte Steuerpolitik und gleichwertige Lebensverhältnisse!

Die Regierung Althaus und die vorherigen CDU-Regierungen haben im Bundesrat alle Steuerreformen unterstützt, mit denen in den vergangenen Jahren die großen Unternehmen bzw. Vermögen entlastet und die einfachen Bürgerinnen und Bürger belastet wurden.

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet und das Prinzip eines solidarischen und sozialstaatlichen Föderalismus wollten sie zugunsten eines Wettbewerbsföderalismus mit Dumpinglöhnen, Unterbietungssteuersätzen und eines dogmatischen Schuldenverbotes aufs Spiel setzen. Die Folgen dieser Politik trägt auch das Land Thüringen mit seinen Städten und Gemeinden, die vielfach Pflichtaufgaben nicht mehr finanzieren können. Im Vergleich zu den Vorjahren wird Thüringen im Jahr 2020 rund 1,5 Mrd. Euro weniger Einnahmen aus Solidarpakt-Mitteln erhalten.

Wir werden deshalb im Bundesrat alle Initiativen unterstützen, mit denen eine höhere Steuergerechtigkeit wieder hergestellt und die großen Unternehmen sowie die Besitzer großer Vermögen wieder angemessen an der Finanzierung der Solidargemeinschaft beteiligt werden. Wir wollen Steuerschlupflöcher schließen sowie die Steuerehrlichkeit verbessern und werden in diesem Sinne auch die Ausstattung der Finanzämter prüfen.

Wir werden bei der Ausgestaltung von Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union im Besonderen die Bedürfnisse der thüringischen Städte und Gemeinden zur Geltung bringen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme: Solide Landesfinanzen durch Konsolidierung und Investitionen!

Nach fast 20 Jahren CDU-Regierungen benötigt Thüringen einen umfassenden Kassensturz und eine solide Finanzplanung für den von uns angestrebten politischen Wechsel. Wir brauchen dringend Klarheit, welche finanziellen Erblasten die Thüringer Bevölkerung aufgrund der verfehlten Politik der vergangenen Jahre in der Zukunft wirklich zu tragen haben wird.

Künftige Landeshaushalte müssen schwierigen Anforderungen genügen. Um die Verwaltung des Mangels durch eine zukunftsfähige Politik ablösen zu können, ist eine Doppelstrategie aus Investitionen und Haushaltskonsolidierung nötig. Ein Verschuldungsverbot in der Verfassung wird es mit der LINKEN nicht geben.

DIE LINKE steht für den Grundsatz: starke Schultern können mehr tragen als schwache. Im Unterschied zur CDU wird es mit uns eine Stärkung öffentlicher Daseinsvorsorge statt neoliberaler Privatisierungseuphorie geben.

Wir werden die variablen Teile der im Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel für eine Neuausrichtung der thüringischen Politik im Sinne unserer Leitprojekte einsetzen.

Wir werden nicht alle unsere Ziele sofort erreichen können – aber wir wollen sie Schritt für Schritt umsetzen.

VERÄNDERUNG geht nur mit Ihrer Stimme!

Thüringen braucht VERÄNDERUNG!

Auf Ihre Entscheidung kommt es an!

Darum ihre Stimme für DIE LINKE!